

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Der Parteitag in Offenburg ist vorbei, mit der Bewertung haben/werden sich andere befassen/befasst haben. Deutlich erkennbar war die Suche nach mehr inhaltlicher Profilierung. Dies dürfte wohl zusammen mit guter und überzeugender Regierungsarbeit die Chance sein, aus dem 23%-Loch herauszukommen. Ehrliche Teamarbeit mit dem Koalitionspartner schließt nicht aus, am Ende der 5 Jahre dann mit Rot/Grün weiterzuregieren. 1. Arbeit gibt es genug im Land. Die Baustellen sind die gleichen wie bisher.

Wie die Welt nach dem 27. November aus der Sicht zu S 21 aussehen wird, bleibt spannend. Schön, dass die SPD zu einer Tolerierung der gegensätzlichen Haltungen gefunden hat. Der Souverän wird (hoffentlich) entscheiden. Eine Entscheidung wäre wünschenswert, die klarstellt, dass eine überzeugende Mehrheit aller BürgerInnen ihre Entscheidung gefällt hat. Das Land braucht endlich Frieden.

Wie klein diese Probleme dazu im Verhältnis die der Bundesregierung sind, kann man in der Presse lesen. Da heißt es zum Euro-Sondergipfel: „Wenn am Montag die Börsen öffnen, muss ein ganz großer Wurf auf dem Tisch liegen (Olli Rehn)“.

Heißt das nun, dass sich die Politik nach den Börsen richten muss? Tröstlich ist da wohl kaum die Aussage Kauders, man könne ein solches Werk (Leitlinien zu ESFS) nicht in einer Stunde bearbeiten. Das Haus brennt und die Feuerwehr soll warten.

Wir haben eine gemeinsame Währung eingeführt und gewusst, dass dazu auch eine Gemeinsame „Wirtschaftsregierung“ gehört. Noch immer geschieht hier nichts außer schönen Sprüchen. Auch wir müssen uns klarmachen, dass die Vorteile, die vor allen Dingen wir aus dem Euro gezogen haben, mit Solidarität bezahlt werden müssen. Die EU ist eben auch eine „Verteilungsgemeinschaft“ – auch wenn es um Schulden geht. Wenn Realwirtschaft und Zockerei voneinander abgekoppelt werden, haften eben nicht mehr die Steuerzahler allein für die Zocker.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg in Offenburg - Echte Gleichstellung nur mit konsequentem Handeln!	2 - 4
- Schwarz-gelber Stillstand für Frauen in Führungspositionen -	4
- Blick über die Landesgrenze - Martin Schulz lobt die Schweizer Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey	4 - 6
- EU: „Nicht Populismus, sondern Verantwortungsbewusstsein ist gefragt“	6
- "Chance für umfassende Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts verpasst"	6 - 7
- "Mehr Schutz vor Glücksspielen im Internet"	7
- "Vorschläge für zukünftige Strukturfonds bieten Chancen für Baden-Württemberg"	7 - 8
- "Mehr Mobilität in Europa mit Berufsausweis"	8 - 9
- BW: Mitfinanzierung des Landes ist Meilenstein im Bildungsaufbruch	9
- Die Eckpunkte der Gemeinschaftsschule	9-10
- Stächeles Rücktritt konsequent und unausweichlich - SPD- Landesvorstand bekräftigt Beschlusslage zu Stuttgart 21	10-11
- SPD-Bodenseekreis: SPD Bodenseekreis unterstützt Investitionen für Windräder	10-11
- Einladung zu einer Veranstaltung mit Norbert Zeller - Termine	11-13
- KLARE LINIE TOUR	13
- SBI: - SP Kanton SG: Kantonsrat verabschiedet sich aus Energiedebatte - Eine versierte Regierungsrätin und Staatsfrau tritt ab - Bürgerliche Nationalräte foutieren sich um Volksentscheid	14-15
- SPÖ Vorarlberg: Steuerabgabe für besonders Vermögende! - Gefängnis nach Schwangerschaftsabbruch? - „Was damals Recht war ...“ - ÖVP-Parteienfinanzierung geht weiter - Michael Ritsch über Rücktritt des Landeshauptmannes überrascht	16-17
- LAbg. Mirjam Jäger-Fischer bringt Nicolas Julian zur Welt	17
- SPD Kreis BC und Martin Gerster:	
- Entscheidung über Bundeswehrstandorte Laupheim und Ummendorf naht	18
- Wiederwahl im Bundestag	
- BayernSPD-SPD-Kreisverband Lindau:	
- Verleihung des Sozialistenhutes in Lindenberg an die MdL Werner-Muggendorfer	18-19
- Andrea Nahles gratuliert Christian Ude	19
- SPD Kreis KN und Hans-Peter Storz, MdL:	
- Kreis-SPD verleiht Hecker-Hut an Moritz Leuenberger	19-20
- KV Ulm und Hilde Mattheis:	
- 2013 im Blick - Anarchie oder Freiheit?	20
- Vielstimmigkeit der Regierung führt Pflegereform in eine Katastrophe	20
- Einladung: Peter Simon in Salen	21
- Kids Courage	22
- Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion	23-26
- Impressum	27

Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg in Offenburg

„Die SPD sucht nach ihrem Profil“, schreibt die Mittelbadische Presse in Offenburg. „Die Genossen üben sich in Harmonie“, mäkelte die Stuttgarter Zeitung. Der Südkurier setzt noch einen drauf: „Die SPD ist schwach wie nie“. Die Stuttgarter Nachrichten haben recht: „Die SPD hat genug von Stuttgart 21“

In Offenburg an der Kinzig tagte der erste Landesparteitag nach der Konstituierung der neuen grün-roten Landesregierung in Stuttgart. Eines war bei dem Delegiertentreffen und bei den Wahlergebnissen in der Tat zu spüren: Die Regierungsmannschaft mit Nils Schmid an der Spitze erfuhr reichlich Rückendeckung und Vertrauensvorschluss für ihre Arbeit, allen voran GWL, die Bildungsministerin, die das beste Ergebnis von allen roten Kabinettsmitgliedern einfahren konnte.



Foto: SPD

Selbst „Stuttgart 21“, das umstrittene Bahnhof-Dossier, beherrschte nicht die Parteitagsdebatte. Am 27. November sollen am besten alle Baden-Württemberger zur Volksabstimmung gehen, dann kann man endlich beherzt regieren. Der Zankapfel zwischen Roten und Grünen ist dann befriedet und kann abgeräumt werden. So die verbreitete Hoffnung in der Oberrheinhalle in Offenburg. Der Schatzmeister der Landes-SPD, Karl-Ulrich Templ, versuchte die Hand in offene Wunden zu legen, ohne nachhaltigen Debattenerfolg bei der Aussprache zu den Rechenschaftsberichten. Was soll die Partei machen, wenn bereits die Hälfte der 39 000 Mitglieder landesweit die 60 Jahre schon überschritten hat und in den letzten 20 Jahren die SPD 42 Prozent ihrer Mitglieder verloren hat, wie Templ mahnte. Und vom besten Wahlergebnis 37% bei einer Landtagswahl (1972) ist die Südwest-SPD weit entfernt. Ebenso wie beim letzten Parteitag in Sindelfingen begnügte sich der eine oder andere Sprecher am Rednerpult mit Floskeln wie „wenn ich das vor einem Jahr geahnt hätte, dass wir jetzt regieren.“ und „Opposition ist Mist, Regieren ist besser“. Wenns hilft.

Spannend war die Debatte um zwei Antragspakete: Familienpolitik und Parteireform. Ob der Besuch der Kinder in der KITA künftig gebührenfrei sein soll, dieses Thema führte ebenso wie das Rederecht von jedem Parteimitglied beim Parteitag zu heftigen Kontroversen mit dem Votum der Antragskommission, die stets für maßvolle Haltungen und Vernunft eintrat und damit die Geduld mancher Delegierten strapazierte. Und so leidenschaftlich junge Delegierte bei den letzten Parteitagen für die Abschaffung der Studiengebühren durch die neue Landesregierung kämpften, so passiv blieb die Mehrheit von ihnen jetzt bei der Debatte um den gebührenfreien KITA-Besuch.



„GWL“ am Rednerpult Foto: SPD

Und was bleibt für Südwürttemberg? **Hilde Mattheis (Ulm)**, die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende, freute sich über ein besseres Wahlergebnis als beim letzten Mal. Ihr Bundestagskollege Martin Gerster wurde wieder ins Parteipräsidium der Landes-SPD gewählt. Rudolf Bindig gehört wieder der Kontrollkommission an. Ansonsten ist zwischen der Donau und dem Bodensee keine Bewerberin, kein Bewerber in den Landesvorstand gewählt worden. **Adnan Sabah**, der neue Kreisvorsitzende aus dem Bodenseekreis, erhielt zwar ein gutes Stimmenergebnis, verpasste aber ebenso den Einzug in den Landesvorstand. **Rudolf Bindig** (Weingarten) mahnte die Landes-SPD in sei-nem Bericht von der Kontrollkommission zu mehr inhaltlichem Profil. Nils Schmid will als Finanzminister erfolgreich für die Haushaltskonsolidierung kämpfen, schließlich greift 2020 der neue Verfassungsauftrag der „Schuldenbremse“. Reicht das aus für die Profilierung? Wohl nicht. Man sollte die übrigen Baustellen in der Landes-Politik, von der Energiewende über die Pflegereform bis zur Bildungspolitik nicht einfach der neuen SPD-Landes-Generalsekretärin **Katja Mast** aufhalsen. Sie ist gebürtige Offenburgerin und jetzt Bundestagsabgeordnete in Pforzheim.

Das ist ein Auftrag auch an die Kreisverbände und Ortsvereine, sich aktiv zu beteiligen an der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung und für ein gutes regionales Konzept in diesen Politikfeldern zu kämpfen.

W. Bernhard



Glückwünsche für Nils Schmid Foto: SPD



Gespräch Foto: SPD

Gleichstellung

ASF-Bundesvorsitzende Ferner und Österreichs Frauenministerin Heinisch-Hosek einig:

Echte Gleichstellung nur mit konsequentem Handeln!

Beim Gespräch mit Österreichs Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek waren wir uns einig: Ohne konkrete politische Maßnahmen, ohne echte partnerschaftliche Leitbilder vor allem in der Arbeitswelt wird die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern weiter auf der Stelle treten! Die Zeit des Klagens und der Appelle an die Wirtschaft ist vorbei! Ich finde es gut, dass in Österreich dank sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung, anders als unter der schwarz-gelben Bundesregierung in Deutschland, wichtige Schritte eingeleitet wurden.

Beim Kampf gegen die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern hat Österreich beispielsweise mit einem Einkommenstransparenzgesetz konkrete Maßnahme auf den Weg gebracht. So sind per Gesetz 2011 österreichische Unternehmen mit mehr als 1000, ab 2012 gar ab 500 Mitarbeiter/innen verpflichtet, ihren Betriebsräten Einkommensberichte vorzulegen. Auch muss seit April 2011 in Stellenanzeigen das Einkommen für die ausgeschriebene Tätigkeit angegeben werden. Solch eine Transparenz hilft, Lohndiskriminierung zu entlarven und dagegen vorzugehen. In Deutschland wollen wir

noch einen Schritt weiter gehen: Die SPD-Bundestagsfraktion bereitet eine Gesetzesinitiative vor, die Lohn-Transparenz schafft und zugleich verbindliche Instrumente zur wirksamen Durchsetzung von Entgeltgerechtigkeit gesetzlich verankert!

Neben arbeitsmarktpolitischen Themen standen Fragen des Sorgerechtes sowie der Kinderbetreuung auf der Agenda sowie das Stichwort geschlechtergerechtes Steuersystem“. So kennt das österreichische Steuerrecht schon lange kein Ehegattensplitting mehr während bei uns mit konservativer Vehemenz an diesem überholten Steuermodell festgehalten wird.

Das Gespräch mit unseren österreichischen Nachbarinnen hat viele gute Impulse für unsere gleichstellungspolitische Arbeit gegeben.

Künftig wollen wir mit den österreichischen Sozialdemokratinnen noch enger zusammenarbeiten. Denn ohne eine effektive europäische Vernetzung von Sozialdemokratinnen, besonders in Regierungsverantwortung, wird die Gleichstellung weiter auf der Stelle treten!

Die österreichische Bundesfrauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek war vom 21.22.9. anlässlich der Buchvorstellung des Bandes „Female Leadership - DIE MACHT DER FRAUEN-Von den Erfolgreichsten der Welt lernen“ zu Gast in Berlin.

An dem Arbeitessen im Berliner Regierungsviertel nahmen neben der Abgeordneten und stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Elke Ferner die Vorsitzende der Querschnittsarbeitgruppe Gleichstellung der SPD-Bundestagsfraktion, Christel Humme, MdB, sowie die SPD-Sprecherin der Ausschussarbeitsgruppe „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“, Caren Marks, MdB, teil.

Berlin, 22. September 2011 SPD Presseservice

Ferner:

Schwarz-gelber Stillstand für Frauen in Führungspositionen

Heute trafen sich die Personalvorstände der DAX-30-Unternehmen zum zweiten Mal mit Mitgliedern der Bundesregierung zum Thema Frauen in Führungspositionen. Hierzu erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), **Elke Ferner**:

Die Aufsichtsratswahlen im kommenden Jahr rücken näher. Die Wirtschaft und die FDP versuchen mit allen Mitteln, das aus ihrer Sicht Schlimmste zu verhindern, nämlich verbindliche Quoten mit verbindlichen Zeitrahmen und Sanktionen.

Die deutsche Wirtschaft hat ihre Chance gehabt: 10 Jahre der Selbstverpflichtung haben zu nichts ge-

führt. Männer teilen die Spitzenfunktionen in der deutschen Wirtschaft noch immer unter sich auf. Die bestausgebildete Frauengeneration aller Zeiten schaut weiter in die Röhre.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung, allen voran Frauenministerin Kristina Schröder, verplumpert weiterhin wertvolle Zeit. Anstatt jetzt mit einem Gesetz mit verbindlichen Quoten endlich Nägel mit Köpfen zu machen, knickt die Koalition vor der Wirtschaft ein und streitet, anstatt die Probleme zu lösen.

Auch Frau von der Leyens Krokodilstränen können nicht darüber hinweg täuschen, dass sie selbst als Frauenministerin strikt gegen gesetzliche Regelungen war. Wo sie als Arbeitsministerin etwas für Frauen tun könnte, wie zum Beispiel Mindestlöhne einführen, Entgeltgleichheit durchsetzen und Existenz sichernder Erwerbsarbeit schaffen, schaut sie weg.

Ihre Nachfolgerin Kristina Schröder versucht erst gar nicht Druck zu machen, sondern lädt die Wirtschaft geradezu ein, weiter im Bremserhäuschen sitzen zu bleiben. Sie droht den Unternehmen mit Bußgeldern bei Nichteinhaltung selbst gesteckter Ziele. 25.000 Euro sind viel Geld. Aber für das Geld bekommt man heutzutage gerade noch einen gut ausgestatteten Kleinwagen deutscher Produktion. Für milliardenschwere Unternehmen wie die DAX 30 liegt diese Summe im 0,00-Promillebereich ihres Jahresgewinns. Diese Summe wird niemanden veranlassen, gezielt nach Frauen für Führungspositionen zu suchen.

Wir brauchen keine weitere Schonfrist für die Männer in den Chefetagen. Was wir brauchen, sind mehr Frauen in den Spitzenfunktionen der deutschen Wirtschaft - in Aufsichtsräten und Vorständen!

Unser Ziel ist die paritätische Besetzung der Spitzenfunktionen – eine gesetzliche Regelung muss eine Mindestquote von 40 Prozent für jedes Geschlecht ebenso beinhalten wie verbindliche Zeitvorgaben und spürbare Sanktionen.

Berlin, 17. Oktober 2011

Pressestelle SPD

Blick über die Landesgrenze

Während die bundesdeutsche SPD Nichtmitgliedern bei Personalentscheidungen im Parteirahmen kein Stimmrecht gewähren will (über 60 Mitglieder in den SPD-Gemeinderats- und Kreistagsfraktionen landesweit in Baden-Württemberg sind offiziell nicht SPD-Parteimitglieder, also parteilos) haben die Linken in Frankreich aktuell sehr gute Erfahrungen gemacht. Über 3 Millionen Franzosen beteiligten sich an den beiden Wahlgängen zur Nominierung des Sarkozy-Herausforderers Francois Hollande zum Spitzenkandidaten für die Präsident-

schaftswahl nächstes Jahr. Es ist nichts darüber vernommen worden, dass sich jetzt Parteimitglieder der Parti socialist in Frankreich benachteiligt fühlen gegenüber den Nicht-Parteimitgliedern. Sei's drum. Beim Landesparteitag in Offenburg sprach der Straßburger Oberbürgermeister Roland Ries ein schwungvolles Grußwort zu den Delegierten in der Oberrheinhalle. Der Rote Seehas hatte am Rande des Parteitages Gelegenheit, von anderen grenzüberschreitenden Initiativen am Hoch- und Oberrhein etwas in Erfahrung zu bringen.

Fabien Vesper ist der neue Vorsitzende des **SPD-Ortsvereins Kehl am Rhein**. Nach seinen Ausführungen gibt es aktuelle Bemühungen um die Wiederbelebung eines fast erloschenen **Bündnisses zwischen links- und rechtsrheinischen Sozialdemokrat/innen in der Region Straßburg/Kehl**, das schon **im 19. Jahrhundert** gegründet wurde (man erinnert sich: nach dem 70er Krieg von Kriegstreiber Bismarck gehörte ganz Elsass-Lothringen zum Deutschen Kaiserreich, bis zum Vertrag von Versailles 1919, nach dem 1. Weltkrieg.) Vertreter der Bodensee-Internationale werden zum offiziellen Fest zur Erneuerung des Bündnisses an den Oberrhein fahren, im nächsten Frühjahr. Die neue Partnerschaft soll sich dem Erfahrungsaustausch in hochpolitischen Themen (Euro-Krise) ebenso widmen wie Projekten zur Verdichtung der Kontakte auf dem kommunalpolitischen Sektor (Handel, Nahverkehr, Gewerbeförderung, Schul- und Hochschulbildung usw.) Für die Bodensee-Internationale (www.bodensee-internationale.org)

würde dies bedeuten, dass sie nicht mehr die einzige grenzüberschreitende Organisation auf der Ebene kommunaler/regionaler Parteibezirke ist in Europa. Den Internetseiten der SPD Kehl ist zu entnehmen, dass es in der jüngsten Vergangenheit schon mehrfach Kontakte „nüber und rüber“ gegeben hat, etwa anlässlich des Kommunalwahlkampfes in Frankreich. Die Vorständler der SPD Kehl trafen sich mit dem Arbeitskreis Europa der Parti socialiste Bas-Rhin im Lokal „La Victoire“ (wo denn sonst?) in Straßburg. Ein Anliegen verbindet den sozialistischen Oberbürgermeister in Straßburg, Roland Ries, mit der SPD Kehl auf jeden Fall: Erstmals seit 1914 soll es wieder eine grenzüberschreitende Tram-Linie geben zwischen Straßburg (pardonnez moi: Strasbourg) und Kehl). Fabien Vesper dazu: „Die Vorteile für den Kehler Einzelhandel liegen auf der Hand. Und Strasbourg würde sich erst mit der Tram den badischen Kundinnen öffnen, weil dann die Möglichkeit besteht, die Autos in Kehl zu parken.“

Weiter südlich, am Hochrhein, ist **Dietrich Elchlepp**, früher Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Europaparlament, engagierter Motor für ein grenzüberschreitendes Jugendparlament mit Jugendräten (Rätinnen) aus den Schweizer Kantonen Basel Stadt, Basel Land, Aargau, aus dem südlichen Elsass und aus den südbadischen Landkreisen Lör-

rach und Breisgau-Hochschwarzwald. www.jpo-eu.org

Bemerkenswert ist an diesem **trinationalen Jugendparlament**, dass es sich nicht nur mit globalen Anliegen auseinandersetzt, sondern ebenso konkrete Perspektiven für die Entwicklung des gemeinsamen Dreiländerecks Nordwestschweiz-südliches Elsass und Südschwarzwald entwickelt. Das Thema beim Kongress 2007 in Freiburg hieß: „Klima 2020- Geht dem Rhein das Wasser aus?“

Auch die Chancen der grenzüberschreitenden Angebote für den Schul- und Hochschulbereich, für die berufliche Bildung, für die Infrastruktur, Handel und Gewerbe, Kulturförderung usw. sind oft Beratungsgegenstand bei diesem vorbildlichen Jugendparlament. Dietrich Elchlepp ist Vorsitzender des Ortsvereins Denzlingen.

Der **Rote Seehas** setzt sich dafür ein, dass die 3 Ortsvereine/Sektionen **Basel-St. Louis- und Weil am Rhein** bald ebenfalls ein sozialdemokratisches Parteibündnis aus der Taufe heben.

W. Bernhard

Martin Schulz lobt die Schweizer Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey

Erst einmal: beides sind Sozialdemokraten. Martin Schulz ist designierter Präsident des EU-Parlaments und noch: Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament in Straßburg (pardonnez moi: Strasbourg) Micheline Calmy-Rey ist Mitglied des siebenköpfigen Bundesrates in der Schweiz. Immer im jährlichen Wechsel ist einer der BundesrätInnen und Bundesräte formeller Bundespräsident, während der Bundesrat insgesamt als Staatsoberhaupt der Schweiz fungiert. Am 12. Dezember wählt die Bundesversammlung (Nationalrat und Ständerat) im Bundeshaus in Bern die neue Regierung, also den siebenköpfigen Bundesrat.

Als erstes Schweizer Bundesratsmitglied hat sie jetzt an einem Hearing des außenpolitischen Ausschusses des EU-Parlaments in Brüssel teilgenommen. Themen waren Potatantengelder, die bilateralen Beziehungen EU und Schweiz und das leidige Dossier Steuerabkommen Schweiz-Deutschland. Leidig auch deshalb, weil die Schweizer Sozialdemokraten immer von ihren politischen Gegnern gepöbeln werden, auch jetzt im Nationalratswahlkampf, wenn deutsche SPD-Politiker die Schweiz pauschal an den Pranger stellen wegen der Steuerflucht von deutschen Millionären in die Schweiz. Übrigens: Steueroasen sind auch Luxemburg und etliche andere Länder, zum Beispiel diverse britische kleine Inseln im Atlantik, doch die Rede ist immer von der Schweiz, wohin Steinbrück seine Kavallerie mal hinschicken will. Nur weil die deut-

schen Finanzbehörden selbst nicht mit ihren deutschen Steuerhinterziehern fertig werden. Und Sebastian Vettel wird von deutschen SPD-Politikern bejubelt als Formel I-Weltmeister, der hat sein Vermögen auch in die Schweiz transferiert. Jan Ulrich ebenso, der Radprofi.

Die Schweizer Bundespräsidentin betonte in Brüssel, dass die Eidgenossenschaft kein Interesse daran habe, Kapital von Leuten zu beherbergen, das den Steuerbehörden anderer Länder entgehe. Die Schweiz verhandelt in diesen Wochen und Monaten mit Griechenland, Italien, Großbritannien, den USA über ein Steuerabkommen, nicht nur mit Deutschland. Calmy-Rey räumte ein, dass die Bankiers in der Vergangenheit nicht immer eine konstruktive Rolle in den Bemühungen zur Überwindung des Bankgeheimnisses gespielt hätten.

Martin Schulz lobte die Schweizer Bundespräsidentin, die mit ihrem Beharren auf Demokratie und Menschenrechte bei vielen internationalen Konflikten dem Image der kalten Finanzmacht Schweiz entgegengetreten sei und ein Gegenbild setze zur „Schweiz von Herrn Blocher“. Die Schweiz habe sehr rasch die Vermögen der früheren Machthaber in Libyen, Tunesien und Ägypten blockiert, sagte Martin Schulz. Der österreichische Sozialdemokrat und EU-Parlamentarier Hannes Swoboda appellierte an die Schweizer Politikerin, mitzuarbeiten an der Überprüfung von Schätzungen, wonach 200 Milliarden Euro aus Griechenland auf Schweizer Bankkonten geflossen seien.

W. Bernhard



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

„Nicht Populismus, sondern Verantwortungsbewusstsein ist gefragt“

Evelyne Gebhardt begrüßt die Haltung der SPD-Bundestagsfraktion

„Die Äußerungen von Herrn von Stetten in der Südwestpresse vom 27. September sind typisch, von ihm ist auch nichts anderes zu erwarten als reiner Populismus und Unsachlichkeit. Ich kann nur darauf stolz sein, dass meine Partei, die SPD, dem Ernst der Lage entsprechend dem von der Bundesregierung ausgehandelten Paket zustimmen wird. So sieht wahre Verantwortung gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen Baden-Württembergs aus“, erklärt Evelyne Gebhardt.

„Natürlich müssen wir von verschuldeten Staaten erwarten dass sie ihre Kredite zurückzahlen“, bekräftigt Evelyne Gebhardt und fügt hinzu: "Dies ist auch festgelegt durch Verträge der Europäischen Union. Es darf aber nicht bedeuten, dass wir sie zwingen sich kaputt zu sparen und ihre Wirtschaft vollends zu ruinieren. Wir können uns nur aus dem Krisenstrudel befreien, wenn wir der Wirtschaft den nötigen Schwung geben. Dazu gehören eine bessere Koordinierung der Steuerpolitik, das Schließen von Steuerschlupflöchern, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und von Eurobonds.“

„Eurobonds sind der einzige Weg, um die Eurozone mit einem System des Staatsschuldenmanagements auszustatten, das robust genug ist, um Spekulationen abzuwehren und Stabilität zu garantieren“, fordert Evelyne Gebhardt.

Das Eurobondsystem könnte ein Zusammenlegen von Staatsschulden bis zu einer Höhe von 60 % des Bruttosozialprodukts ermöglichen, und würde damit die Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes widerspiegeln. Eurobonds würden weiterhin dazu beitragen die durchschnittlichen Zinssätze auf Staatsschulden zu senken, selbst für die wirtschaftlich starken Länder, und zwar einerseits aufgrund sicherer Garantien und andererseits wegen der Schaffung eines größeren und solventeren europäischen Bondmarktes, der einen höheren Anteil an ausländischen Investitionen anziehen würde.

Künzelsau, 27. September 2011
Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Peter SIMON:

"Chance für umfassende Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts verpasst"

Sozialdemokraten gegen unausgewogene Sparvorschläge ohne Anreize für Wirtschaftswachstum und für Finanztransaktionssteuer

In der heutigen Abstimmung im EU-Parlament über die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts hat die konservativ-liberale Mehrheit ihren mit dem Ministerrat ausgehandelten schlechten und unausgewogenen Kompromiss durchgepeitscht. Die sozialdemokratische Fraktion hat dagegen gestimmt. "Die Vorschläge sind viel zu kurz gedacht. Sparen nach der Rasenmähermethode allein wird die angeschlagenen Volkswirtschaften nicht wieder auf Kurs bringen. Ohne die verbindliche Festlegung konkreter Anreize für eine kluge Haushaltskonsolidierung, gezielte Investitionen und eine umfassende Modernisierung der Wirtschaft werden die Krisenkosten für alle steigen und der Weg in die nächsten Krisen wird vorgezeichnet", unterstreicht der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete

Peter SIMON das Votum der Sozialdemokraten. "Die nun beschlossene Reform des Stabilitätspakts sieht bildlich gesprochen von außen zwar aus wie ein fahrtüchtiges Auto, ein Blick in das Innenleben offenbart aber, dass das Lenkrad nur sehr eingeschränkt funktioniert. So kann es auf kurz oder lang nur gegen die Wand fahren. Konservative und Liberale haben die Chance vertan, bei der Reform des Stabilitätspakts das Auto endlich mit einem funktionsfähigen Steuer auszustatten, fahren aber trotzdem los. Das ist unverantwortlich und letztendlich massiv risikoh erhöhend", betont das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses.

Als einen zentralen Baustein für die Zukunftsfähigkeit Europas erachtet **SIMON** hingegen den heute vorgelegten Vorschlag der EU-Kommission für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa: "Auf Initiative der Sozialdemokraten hatte sich das EU-Parlament bereits vor Monaten für eine Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Es wird höchste Zeit, die Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen. Eine solche Steuer wird nicht nur zu einer direkten und indirekten Entlastung der nationalen Haushalte führen, sondern leistet einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung von volkswirtschaftlich schädlichen Spekulationen und damit zur Stabilisierung der Finanzmärkte." Der Vorschlag sieht vor, Aktien- und Anleihegeschäfte zwischen Finanzinstitutionen ab 2014 mit 0,1 Prozent zu besteuern. Für Derivate (Termingeschäfte) würden 0,01 Prozent fällig. Die EU-Kommission geht von möglichen Einnahmen von etwa 57 Milliarden Euro pro Jahr aus, die teilweise dem EU-Haushalt zufließen und so die Beiträge der einzelnen Mitgliedstaaten reduzieren sollen. Gleichzeitig stünde es den Mitgliedstaaten frei, einen höheren Satz anzuwenden. Diese Einnahmen kämen direkt der jeweiligen Staatskasse zu Gute. "Spät aber nicht zu spät beginnt die Kommission zu handeln. Jetzt muss sie aber auch den Mitgliedstaaten gegenüber genug Durchsetzungskraft an den Tag legen und sich jedem Versuch der Verwässerung entschieden entgegen stellen. Der vollen Unterstützung der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament kann sie sich hierbei sicher sein", betont **SIMON** abschließend.

Straßburg, 28.09.2011 Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Evelyne Gebhardt:

"Mehr Schutz vor Glücksspielen im Internet"

Europaabgeordnete fordern EU-Kommission zum Handeln auf

Bürger und Bürgerinnen sollen besser vor Suchtgefahr und kriminellen Aktivitäten im Bereich von Online-Glücksspielen geschützt werden. Dazu haben die Europaabgeordneten im Ausschuss für Bin-

nenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments am Donnerstag einem entsprechenden Initiativbericht mit großer Mehrheit zugestimmt.

„Das Online-Glücksspiel kennt keine Grenzen. Deshalb bedarf es in diesem Bereich starker und effektiver Schutzbarrieren. Nicht Liberalisierung des Glücksspielmarktes, sondern effektive Regeln brauchen die Bürger und Bürgerinnen. Die Abstimmung hat gezeigt: Ein Mehr an Verbraucherschutz ist notwendig. Nun ist die EU-Kommission am Zug“, forderte die SPD-Verbraucherschutzexpertin und Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament Evelyne Gebhardt.

Die SPD-Politikerin fordert die Kommission dazu auf, einen gesetzlichen Rahmen für Online-Glücksspiele zu prüfen. Der Glücksspielsektor in Europa ist geprägt von sehr unterschiedlichen Traditionen und Kulturen. Daher weichen auch die jeweiligen Regelungen in den einzelnen Mitgliedstaaten in Teilen stark voneinander ab. „Nationale Vorschriften müssen gewahrt bleiben, aber nur, wenn sie auch ein hohes Verbraucherschutzniveau gewährleisten. Die Landesregierung Schleswig-Holstein geht daher mit der Liberalisierung des Glücksspiel-sektors mit schlechtem Beispiel voran“, betonte Evelyne Gebhardt abschließend.

Hintergrund:

Als einziges Bundesland hat Schleswig-Holstein mit dem am 14. September 2011 verabschiedeten „Gesetz zur Neuordnung des Glücksspiels“ seinen Glücksspielsektor liberalisiert. Damit wird sich Schleswig-Holstein nicht weiter an dem von allen sechzehn Bundesländern geschlossenen Glücksspielstaatsvertrag beteiligen. Der Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland schafft bundeseinheitliche Rahmenbedingungen für den Glücksspiel-sektor in Deutschland. Ziel ist es, die Entstehung von Spielsucht zu bekämpfen und insbesondere den Jugend- und Spielerschutz zu gewährleisten.

Brüssel, 6. Oktober 2011 Für weitere Informationen:
Büro Evelyne Gebhardt MdEP

Peter SIMON:

"Vorschläge für zukünftige Strukturfonds bieten Chancen für Baden-Württemberg - EU-Kommission greift zentrale EPForderungen auf"

EU-Kommission legt Gesetzespaket für die Förderperiode ab 2014 vor

"Stetes Wasser höhlt den Stein. Es ist gut, zu sehen, dass nun auch die EU-Kommission in ihren Vorschlägen viele der Punkte berücksichtigt hat, für die ich mich im Rahmen meiner Arbeit im Regional-

entwicklungsausschuss in den letzten Monaten eingesetzt habe und die ich in die zentralen Forderungen des Europäischen Parlaments für die zukünftige Förderperiode einbringen konnte", so die erste Einschätzung des baden-württembergischen SPD-Europaabgeordneten **Peter SIMON** zu den neuen Gesetzesvorschlägen der Europäischen Kommission zur EU-Förderperiode ab 2014. "Baden-Württemberg kommt auch zukünftig in den Genuss von europäischen Fördermitteln. Alle Vorschläge, die Förderung nur auf ärmere Regionen zu beschränken sind jetzt endgültig vom Tisch. Außerdem entspricht die im EU-Haushalt für Regionen wie Baden-Württemberg derzeit vorgesehene Summe nahezu dem Volumen der aktuellen Förderperiode. Jetzt muss sich Baden-Württemberg im nationalen Verteilungskampf der auf Deutschland entfallenden Fördermittel behaupten, damit hier auch in Zukunft wichtige Projekte in ausreichendem Maße mit europäischen Fördermitteln realisiert werden können", unterstreicht das Mitglied des Regionalentwicklungsausschusses.

Ein besonderes Anliegen war **Peter SIMON** zudem die Einbeziehung der lokalen Ebene in sämtliche Phasen der Erstellung der Förderprogramme: "Ich habe mich im Regionalentwicklungsausschuss kontinuierlich für eine verbindliche Einbindung der Städte, Gemeinden und Kommunen stark gemacht. Nur so wird sichergestellt, dass die Operationellen Programme zur Umsetzung der EU-Förderung im Land nicht wieder über die Köpfe der Verantwortlichen vor Ort hinweg entworfen werden. Schließlich setzen diese die Projekte um und finanzieren sie mit. Unter der schwarz-gelben Landesregierung hatte eine Programmstellung nach Gutsherrenart ohne ernstzunehmende Einbindung der Kommunalen Ebene leider zur Folge, dass dem Land rund 17 Mio. Euro (ca. 16,6%) der insgesamt verfügbaren 102 Mio. Euro an Fördermitteln im Zeitraum 2000 bis 2006 entgangen sind."

Auch **SIMONS** Forderung, die Förderung der städtischen Dimension zu stärken, findet sich im Vorschlag der EU-Kommission wieder. Durch den gezielten Einsatz von EU-Fördermitteln sollen die Städte bei der Bewältigung ihrer besonderen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Herausforderungen unterstützt werden. "Projekte wie z. B. die Umwandlung des Stadtteils Jungbusch zum kreativwirtschaftlichen Mittelpunkt von Mannheim, die ohne europäische Gelder unmöglich gewesen wäre, belegen den Stellenwert der europäischen Förderung für baden-württembergische Städte", betont **Peter SIMON**. Der Gesetzesvorschlag der Kommission sieht deshalb u. a. vor, dass die Mitgliedstaaten mindestens 5% ihrer Fördermittel aus dem EFRE-Fonds für Projekte im Bereich der nachhaltigen städtischen Entwicklung verwenden und weitere Fördermittel speziell zur Finanzierung innovativer Projekte im städtischen Raum zur Verfügung stehen.

In der aktuellen Förderperiode 2007-2013 stehen Baden-Württemberg 143,4 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung. Über die konkreten Zuweisungen an die Mitgliedstaaten und die Regionen für die Förderperiode ab 2014 wird erst nach Annahme des Gesetzespakets, das nun vom Europäischen Parlament und vom Rat erörtert wird, entschieden. Ziel ist eine Annahme vor Ende 2012.

Brüssel, 07.10.2011

Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Evelyne Gebhardt:

"Mehr Mobilität in Europa mit Berufsausweis"

Initiativbericht fordert engere Zusammenarbeit zwischen europäischen Mitgliedstaaten

"Berufliche Mobilität ist ein Schlüsselement des europäischen Binnenmarkts. Aber insbesondere bürokratische Hürden schrecken viele EU-Bürger und Bürgerinnen vor einer grenzüberschreitenden Ausübung ihrer Tätigkeit ab. Die Verfahren zur Anerkennung von Berufsqualifikationen müssen daher einfacher und schneller sein. Die Einführung eines Berufsausweises wäre hierbei ein nächster Schritt in die richtige Richtung", betont die SPD-Verbraucherschutzexpertin und Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Evelyne Gebhardt.

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments wird am heutigen Montag in einem Initiativbericht die EU-Kommission dazu auffordern, im Rahmen einer sorgfältigen Folgenabschätzung den Nutzen eines Berufsausweises zu prüfen. "Der Berufsausweis führt zu einer Vereinfachung der Anerkennungsverfahren und der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Jeder Bürger muss die Möglichkeit haben, sein individuelles Recht auf Arbeit überall in der EU ausüben zu dürfen. Gerade Stellen mit hohen Qualifikationsanforderungen könnten durch mehr Mobilität in Europa besser besetzt werden", so die SPD-Politikerin Evelyne Gebhardt.

"Natürlich müssen spezifische Sicherheits- und Datenschutzbestimmungen gewährleistet und besondere Rücksicht auf die Berufe im Gesundheitswesen genommen werden", fordert Evelyne Gebhardt abschließend.

Hintergrund:

Mit der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen gelten in der Europäischen Union bereits die automatische Berufsanerkennung auf der Grundlage harmonisierter Mindestausbildungsanforderungen in den Bereichen

Handwerk, Gesundheit, Architektur, Industrie und Handel. Im März 2010 leitete die Kommission eine Bewertung der Richtlinie ein, im Juni 2011 wurde schließlich ein Grünbuch veröffentlicht. Ein Legislativvorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie ist für Ende 2011 geplant.

Brüssel, 17.10. 2011 Für weitere Informationen:
Büro Evelyne Gebhardt, MdEP und **Algara Stenzel**
(Pressesprecherin)

Landespolitik:

Schulsozialarbeit:

Mitfinanzierung des Landes ist Meilenstein im Bildungsaufbruch

Bildungssprecher Christoph Bayer:

„SPD und Grüne korrigieren mit dem Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit ein schweres bildungspolitisches Versäumnis der Vorgängerregierung“

Die von der Landesregierung angekündigte Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit zu einem Drittel wertet die SPD-Landtagsfraktion als Meilenstein in dem von ihr geforderten und vorbereiteten Bildungsaufbruch in Baden-Württemberg. „Seit Jahren in der Opposition gefordert und versprochen, in der Regierung unverzüglich angepackt und umgesetzt“, brachte SPD-Bildungssprecher Christoph Bayer die Einigung zwischen Sozialministerium und Kommunen auf den Punkt. „SPD und Grüne korrigieren mit dem Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit ein schweres bildungspolitisches Versäumnis der Vorgängerregierung“, sagte Bayer weiter.

Schulsozialarbeit sei heute für viele Schulen ein unverzichtbares pädagogisches Angebot. Nicht zuletzt weil der Bedarf vor Ort in den letzten Jahren deutlich gestiegen sei, könne man die Kommunen nicht alleine auf den Kosten sitzen lassen. „Die grün-rote Landesregierung stellt sich ihrer Verantwortung für eine bessere Bildung für alle, und Schulsozialarbeit ist dabei ein wichtiger Pfeiler“, unterstrich Bayer.

Schulsozialarbeit leiste in vielen Problemfällen wertvolle Hilfestellung, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist. Ihr Beitrag zur Integration und Gewaltprävention könne nicht hoch genug eingestuft werden, so Bayer.

Stuttgart, 21. September 2011

Martin Mendler
Pressesprecher

Information der Landesregierung:

Die Eckpunkte der Gemeinschaftsschule

Zur Umsetzung und Sicherung dieser Ansprüche wird von der Landesregierung ein pädagogischer und organisatorischer Rahmen vorgegeben.

Pädagogisches Konzept

- Die Gemeinschaftsschulen arbeiten in der Sekundarstufe I auf der Grundlage der Bildungsstandards von Hauptschule, Realschule und Gymnasium.
- Übliche Klassenverbände sind durch Lerngruppen ersetzt. Die Heterogenität einer Lerngruppe ist ein Ausgangspunkt für das Lernen.
- Die Gemeinschaftsschule ermöglicht eine inklusive Beschulung von behinderten Kindern und Jugendlichen.
- Alle Schülerinnen und Schüler lernen nach ihren individuellen Voraussetzungen.
- In der Gemeinschaftsschule gibt es keine Versetzung/Nichtversetzung und keine Wiederholung im bisherigen Sinn.
- In der Sekundarstufe I von der fünften bis zur zehnten Klasse sind die Gemeinschaftsschulen Ganztageschulen mit rhythmisierten Lernangeboten.
- Die Vorgaben der KMK-Vereinbarungen zur Sekundarstufe I sind berücksichtigt.

Abschlüsse und Anchlüsse an der Gemeinschaftsschule

- An der Gemeinschaftsschule können nach Klasse 9 der Hauptschulabschluss, nach Klasse 10 der Hauptschulabschluss oder der Realschulabschluss und sofern eine Sekundarstufe II eingerichtet ist, das Abitur nach Klassenstufe 13 erreicht werden.
- Durch die Orientierung der schulischen Arbeit an den Bildungsstandards von Hauptschule, Realschule und Gymnasium wird die Anschlussmöglichkeit an andere Schulen sichergestellt.

Schulorganisation

- Eine Gemeinschaftsschule ist in der Regel zwei- oder mehrzünftig, kann aber ausnahmsweise auch einzünftig geführt werden.
- Die Gemeinschaftsschule besteht aus der Sekundarstufe I (Klassenstufe 5 -10), kann aber auch die Primarstufe (Klassenstufe 1 - 4) und – mindestens Zweizügigkeit vorausgesetzt - eine drei-

jährige Sekundarstufe II umfassen.

- Eine dauerhafte Mindestschülerzahl in der Eingangsklasse (Klasse 5) von 20 Schülerinnen und Schülern pro Zug ist erforderlich.

Anträge auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule

- Alle allgemein bildenden Schulen können sich zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln.
- Antragsteller ist der Schulträger mit Zustimmung der schulischen Gremien.
- Voraussetzung für die Genehmigung ist unter anderem das Vorliegen eines tragfähigen und pädagogisch anspruchsvollen Konzepts auf der Grundlage der Vorgaben.
- Der Schulträger muss eine angemessene räumliche und sächliche Ausstattung nachweisen.

Bildungsplan

- Im Rahmen der geplanten Bildungsplanreform aller allgemein bildenden Schulen 2015/16 bilden die Schnittmengen der Bildungspläne Hauptschule/ Realschule/Gymnasium einen Basisplan für die Gemeinschaftsschule. Je nach angestrebtem Bildungsziel gelten darüber hinaus die Bildungsstandards der entsprechenden Schularten.

Personal

- An einer Gemeinschaftsschule unterrichten im Endausbau Lehrkräfte aller Schularten. Alle Lehrkräfte können in allen Lerngruppen eingesetzt werden.
- Die Neubesetzung von Stellen erfolgt grundsätzlich über schulbezogene Stellenausschreibungen.
- Der Klassenteiler ist 28.

Begleitungs- und Fortbildungskonzept

- Die Begleitung und Fortbildung von Schulleitungen und Lehrkräften ist maßgeblich für den Erfolg der Gemeinschaftsschule.
- Die Gemeinschaftsschulen erhalten bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung Beratung und Begleitung von Fachberaterinnen und Fachberatern.
- Es werden Netzwerke von Gemeinschaftsschulen und Personen für einen Expertenaustausch aufgebaut.

Weiteres Vorgehen bis zur Einführung

Das Kultusministerium wird nach dem jetzigen Beschluss über die Eckpunkte einen Gesetzentwurf ausarbeiten, der bereits im November ins Kabinett soll. Danach wird eine sechswöchige Anhörungsphase für die Verbände gestartet. Die endgültige Verabschiedung des Gesetzes ist für April geplant. Zum Schuljahr 2012/13 soll eine erste Tranche von etwa 30 Schulen an den Start gehen.

www.baden-wuerttemberg.de

Stächeles Rücktritt konsequent und unausweichlich

SPD-Fraktionschef [Claus Schmiedel](#): „Ein Präsident, dem Verfassungsbruch bescheinigt wurde, kann das Parlament nicht mehr glaubwürdig repräsentieren. Der Amtsverzicht ist honorig“.

SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel hat den Rücktritt von Willi Stächele (CDU) vom Amt des Landtagspräsidenten als „konsequent und unausweichlich“ bewertet. „Ein Präsident, dem Verfassungsbruch bescheinigt wurde, kann das Parlament nicht mehr glaubwürdig repräsentieren. Der Amtsverzicht ist honorig“, sagte Schmiedel.

Ein Präsident ohne Rückhalt bei einer Mehrheit der Abgeordneten wäre zu einer Dauerbelastung für das Parlament geworden und hätte seinem Ansehen schweren Schaden zugefügt, erklärte Schmiedel weiter. „Eine lame duck mit Dienstwagen hätte sich der Landtag von Baden-Württemberg politisch nicht lange leisten können“.

Hätte Stächele nicht von sich aus die Reißleine gezogen, hätte ihm in der Plenarsitzung am Donnerstag ein Misstrauensantrag der Mehrheitsfraktionen von Grünen und SPD und damit letztlich die Aufforderung zum Rücktritt gedroht.

Schmiedel appellierte an die CDU-Fraktion, nun sehr rasch eine Persönlichkeit als Kandidat für das Präsidentenamt zu präsentieren, die mit einer breiten Unterstützung des Landtags rechnen könne.

Der SPD-Fraktionschef sieht indes trotz des Stächele-Rücktritts die Angelegenheit für die CDU noch nicht ausgestanden: „Kollege Hauk, der selbst in den verfassungswidrigen EnBW-Aktienrückkauf mit eingeweiht war, hält seine Abwicklung am Parlament vorbei bis heute noch für opportun. Ich erwarte nun dazu im Landtag eine klare Distanzierung.“

Stuttgart, 11. Oktober 2011

Martin Mandler
Pressesprecher

SPD- Landesvorstand bekräftigt Beschlusslage zu Stuttgart 21

Auf Vorschlag des Landesvorsitzenden Nils Schmid hat der SPD- Landesvorstand Baden-Württemberg am Samstag in Stuttgart einstimmig

folgende Resolution zu Stuttgart 21 beschlossen: „Das Verkehrs Großprojekt ‚Stuttgart21‘ (S21) spaltet nach wie vor die Gesellschaft. Deshalb hat die SPD Baden- Württemberg bereits vor einem Jahr eine Volksabstimmung vorgeschlagen, um den Streit zu befrieden und die Spaltung zu überwinden. Unser Weg ist nun ein Teil des Koalitionsvertrages zwischen Bündnis 90/Die Grünen und SPD in unserem Land. Auf unsere Initiative hin treten Regierung, Parlament und Parteien in den Hintergrund und lassen das Volk, den Souverän, entscheiden.

Die Volksabstimmung rückt nun näher, es formieren sich sowohl Befürworter/innen als auch Gegner/innen dieses großen Infrastrukturprojektes – darunter auch SPD- Mitglieder. Deshalb stellt der SPD- Landesvorstand fest:

1. Die SPD ist stolz darauf, dass die Volksabstimmung, die von uns im September 2010 vorgeschlagen wurde, jetzt stattfindet. Wir appellieren an alle SPD - Mitglieder, bei den Bürgerinnen und Bürgern für die Teilnahme an der Volksabstimmung zu werben. Die SPD Baden- Württemberg wird kein Bündnis mit anderen Parteien oder Verbänden zur Kampagne zur Volksabstimmung eingehen – weder pro noch contra S21 – und auch kein Geld für ein solches Bündnis zur Verfügung stellen.

2. Die SPD Baden- Württemberg hat eine klare Beschlusslage für S21. Von zentraler Bedeutung ist für uns, dass wir in unserer Landespartei respektvoll mit den unterschiedlichen Positionen zum Thema S21 umgehen. Es ist Sache jedes Mitglieds, für sich selbst zu entscheiden, ob und wie es sich – entsprechend seiner Überzeugung – an den Kampagnen für oder gegen den Ausstieg aus S21 beteiligt.“

Darüber hinaus geht SPD- Chef Schmid davon aus, dass auch die Grünen in Baden- Württemberg, die bekanntlich die gegenteilige inhaltliche Position bei S21 vertreten, entsprechend „souverän und fair“ mit der gegebenen Situation umgehen. „Wir alle sollten angesichts der bekannten Voraussetzungen mit heißem Herzen, aber kühlem Kopf für die Volksabstimmung werben“, so Nils Schmid.

17.09.2011

Homepage:

[SPD- Landesverband Baden- Württemberg](#)

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



SPD Bodenseekreis unterstützt Investitionen für Windräder

Vortrag von Peter Didszun

Der Kreisvorstand der SPD Bodenseekreis tagte im Graf-Soden-Zimmer im großen Graf-Zeppelin-Haus, dem Theater- und Kongresszentrum in der Stadt Friedrichshafen. Neben der Vorbereitung auf die landesweite Volksabstimmung am 27. November zum Bahnprojekt „Stuttgart 21“ (alle sollen ungeachtet ihrer persönlichen Meinung zu diesem Thema auf jeden Fall ihre Stimme in die Urne werfen!) befasste sich das Gremium mit der aktuellen Entwicklung beim Ausbau der Windkraftanlagen als eine der unerlässlichen Konsequenzen aus dem Bundestagsbeschluss vom Juni zum künftigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Als sachkundiges Mitglied der SPD-Fraktion im Regionalverband Bodensee-Oberschwaben mit Sitz im Hirschgraben 2 in Ravensburg stand **Peter Didszun (Weingarten)** zur Verfügung, der sich im Kreisvorstand der SPD im Kreis Ravensburg als Schriftführer engagiert.

Der Referent wies darauf hin, dass Baden-Württemberg und Bayern noch einen großen Nachholbedarf haben bei Investitionen für den Ausbau der erneuerbaren Energieträger, in diesem Fall der Windenergie. Rheinland-Pfalz beispielsweise weist einen beträchtlich hohen Anteil an der Nutzung der Windkraft bundesweit auf. Die neue grün-rote Landesregierung will im novellierten Landesplanungsgesetz den Investoren und den Städten u. Gemeinden viele noch vorhandenen Barrieren und Auflagen für die Errichtung neuer Windräder beseitigen.

Die SPD-Landtagsfraktion in Stuttgart stimmt dem Konzept des neuen Umweltministers Untersteller von den Grünen zu, wie Peter Didszun ausführte, dass in der Raumplanung mehr Vorranggebiete für Windkraftanlagen ausgewiesen werden sollen, sofern sie die erforderliche Energie-Ausbeute an Wind-Energie garantieren. Ferner sollen die „Ausschlussgebiete“ reduziert werden, was dann auch Natur- und Landschaftsschutzgebiete betreffen würde. Als neue Flächenkategorie wird die „Freiwilligkeit“ für kommunale Investoren eingeführt. Im Bodenseekreis sind nach den Vorgaben des Regionalverbandes 4 Standorte im Gespräch: am Gehrenberg, in Heiligenberg, im Hinterland von Tettngang (Tannau) und noch ein Gebiet nördlich von Owingen.

Die Regionalverbandsversammlung hat sich am 14. Oktober in einer öffentlichen Sitzung in der Stadthalle in Markdorf mit dem bisherigen Verlauf des Anhörungsverfahrens beschäftigt, das noch bis zum 8. November läuft. Der Gemeinderat der Stadt

Markdorf hat unlängst die Planungen für Windräder auf dem Gehrenberg mit großer Mehrheit abgelehnt, ohne die Windenergie grundsätzlich zu verdammen („nur nicht bei uns“).

In der Diskussion beim SPD-Kreisvorstand kam der Wunsch nach neuen regionalen Energiekonzepten (Photovoltaik, Biogas, Geothermie, Energiesparen!) zum Ausdruck. Landesweit sind ca. 1 600 neue Windkraftanlagen mit über 4 000 Mega-Watt Leistung erforderlich, um den Anteil der Windenergie am künftigen Strom bis 2020 auf 10 Prozent anzuheben. In jedem Regionalverband soll 1 Prozent der Bodenfläche der Nutzung der Windenergie gewidmet werden. Die Mehrheit der neuen Windräder im hiesigen Regionalverbandsgebiet mit den Landkreisen Ravensburg, Sigmaringen und Bodenseekreis soll im Kreis Sigmaringen aufgestellt werden.

Peter Didszun rief zu einer großen Bürgerbeteiligung und zu mehr Anstrengungen auf, um mit konkreten Informationskampagnen zur Versachlichung der Debatte beizutragen. Die Landesregierung will noch vier Regionalkonferenzen zum Ausbau der Windenergie im nächsten Jahr abhalten. Bernd Caesar von der SPD Kluffern (bei Friedrichshafen) warf die Frage auf, warum der Biomüll der Haushalte im Bodenseekreis nach Amtzell im vorderen Allgäu gefahren werden muss, anstatt ihn im hiesigen Kreisgebiet selber zu verarbeiten als Material für Biogas-Anlagen.

W.Bernhard

Einladung zu einer Veranstaltung mit Norbert Zeller

Eines der Ergebnisse der Landtagswahl ist eine neue Kultuspolitik. Einer der Hauptakteure für die Entwicklung und Einführung neuer Schulmodelle ist der langjährige Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Schulausschusses Norbert Zeller, der inzwischen zum Leiter der Stabsstelle „Gemeinschaftsschule, Schulmodelle, Inklusion“ im Kultusministerium ernannt worden ist.

Die **SPD Bodenseekreis** und der **SPD Ortsverein Überlingen** haben **Norbert Zeller** für **Donnerstag, den 27. Oktober 2011 um 20:00** zu einer Veranstaltung in das **Dorfgemeinschaftshaus Nußdorf** eingeladen. Zeller wird über die **Erneuerung der Schule** sprechen und wie Schüler, Lehrer und auch die Eltern von der Gemeinschaftsschule als mitzugestaltendes, umfassendes und den lokalen Gegebenheiten angepasstes Bildungskonzept profitieren werden.

Die SPD Überlingen wird sich um das leibliche Wohl der Besucherinnen und Besucher kümmern.

Adnan Sabah
Vorsitzender SPD
Bodenseekreis

Dietram Hoffmann
Vorsitzender
SPD Überlingen

Termine im Bodenseekreis

Kreisvorstand:

Montag, 14.11.2011

Kressbronn

OV Bermatingen:

Mitgliederversammlung

Montag, 14.11.2011, 19:30 Uhr - 21:30 Uhr.

Ort: Weinstube Stecher

OV Deggenhausertal:

Nächste Mitgliederversammlung

Donnerstag 1.12.11, 20 Uhr

Ort folgt

Näheres folgt

OV Markdorf:

Vorstand

Donnerstag, 10.11.2011, 20:00 Uhr - 22:30 Uhr.

Ort: Krone

OV Meersburg:

Vorstand

Donnerstag, 27.10.2011

Ort: Daisendorf - Pimiskern

Hock:

Donnerstag, 10.11.2011

Ort: Im Truben

OV Friedrichshafen:

SPD- Stammtisch

Donnerstag, 27.10.2011, 19:00 Uhr.

Ort: Dorfkrug FN

Mitglieder und Freunde der SPD sowie interessierte Bürgerinnen / Bürger und Gäste sind herzlich willkommen.

OV Salemertal:

Donnerstag, 17.11.2011

Veranstaltung mit Peter Simon, MdEP

Thema: Mittelstand und EU

19:00 Prinz Max

Salem-Neufrach

OV Tettngang:

08.11.2011, 19:30 Uhr
"SPD im Gespräch":
Die Volksabstimmung
Ort: Hotel Ritter, Tettngang

OV Überlingen:

Donnerstag 27.10.2011
Veranstaltung mit Norbert Zeller
Zeit: 20:00
Thema: Erneuerung der Schule
Ort: Dorfgemeinschaftshaus Nußdorf

Mittwoch 16.11.2011
parteiöffentliche Vorstand- und
Fraktionssitzung
Zeit: 19:00
öffentliche Veranstaltung
Zeit: 20:00
Thema: Umgang mit dem Kapitalismus im
Angebot der Krise
Ort: Nebenzimmer des Gasthauses
Krone, Münsterstraße

SBI:

23.10.2011

**Eidgenössische National- und
Ständeratswahlen.**

18.11.2011

SBI-Generalversammlung mit Neuwahlen

18.00 Uhr bis 20.00 Uhr

**SPÖ-Landesgeschäftsstelle, St. Anna-Straße 1,
Bregenz.**

parteiöffentlich

Aufgrund seiner neuen Aufgaben als Leiter der Stabsstelle für Schulentwicklung ist Norbert Zeller nicht mehr in der Lage, weiterhin die Präsidentschaft in der SBI auszuüben. Er wird deshalb diese Funktion am 18.11.2011 an Olga Pircher übergeben. Als voraussichtlichen Nachfolger in der deutschen Präsidentschaft wird er den neu gewählten Landtagsabgeordneten Hans-Peter Storz (Wahlkreis Singen) vorschlagen.

**Die Delegierten der deutsche Sektion
SBI treffen sich vor der**

Generalversammlung noch zu einer Sitzung:

Samstag, 12.11.2011
Hotel Schlossgarten
Friedrichstrasse.1. Tel. : 07541 95330
www.schlossgarten-hotel-fn.de/

d. R.

KLARE LINIE TOUR

Andrea Nahles am 22.11. in Freiburg

Im Vorfeld des ordentlichen Bundesparteitages Anfang Dezember 2011 in Berlin sind der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel und die Generalsekretärin Andrea Nahles auf Tour. Unter dem Motto "Klare Linie - Unser Weg von Dresden nach Berlin" wollen sie mit SPD- Mitgliedern diskutieren. Über die aktuelle politische Situation. Über Europa. Über die Schwerpunkte des Parteitages. Und über das Thema Parteireform.

Zur Veranstaltung in Südbaden mit Andrea Nahles am 22. November 2011 um 19 Uhr in Freiburg laden wir Dich herzlich ein und würden uns über Deine Teilnahme sehr freuen.

Unsere Veranstaltung findet statt in der Gewerbeakademie Freiburg, Wirthstraße 28, 79110 Freiburg.

Die guten Ergebnisse im Superwahljahr 2011 spornen uns an. Von Hamburg bis Berlin wurde die SPD in sieben von sieben Landtagswahlen in Regierungsverantwortung gewählt. Auf Bundesebene erleben wir stattdessen eine Bundesregierung, der auch zur Hälfte der Legislaturperiode Haltung, Linie und Antworten auf die Herausforderungen der Zeit fehlen.

Umso wichtiger ist es, dass die SPD klare Linien zieht. Für die Menschen. Für Deutschland. Für Europa. Für eine bessere Politik. Der Parteitag wird dabei ein wichtiger Meilenstein sein.

Wir freuen uns auf Dich und die Diskussion am 22. November in Freiburg und verbleiben mit solidarisches Grüßen,

SPD- Regionalzentrum Südbaden

Hier anmelden: www.spd-rz-suedbaden.de

Eine Anfahrtsbeschreibung findest Du unter

www.wissen-hoch-drei.de

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Sozialdemokratische Partei
Kanton St. Gallen

Kantonsrat verabschiedet sich aus Energiedebatte

Der Kantonsrat ist leider nicht bereit, über die Energiewende zu diskutieren, geschweige denn, die notwendigen finanziellen Mittel dazu bereitzustellen. Das ist peinlich für den Kanton St. Gallen, auch deshalb, weil gerade heute der Ständerat den Atom-Ausstieg bekräftigt hat.

Bei den Gesetzesänderungen zur Umsetzung des sogenannten Massnahmenpakets kam bei der SP bekanntermassen keine Freude auf. Dass Heimbewohnenden das Taschengeld gekürzt wurde und im Gegenzug die Gebühren der Brückenangebote sowie die Studiengebühren erhöht wurden, konnte die SP-Fraktion leider nicht verhindern. Hingegen begrüsst die SP, dass der Kanton bereits ab 2015 wieder 55% der Spitalkosten übernimmt. Die SP hat die Überwälzung der Kosten auf die Prämienzahlenden immer kritisiert.

Energiedebatte verweigert

Während der Ständerat in Bern heute einen wesentlichen Schritt in Richtung Atom-Ausstieg gemacht hat und keine neuen Atomkraftwerke mehr will, wollen die St.Galler SVP und FDP nichts von einer Energiewende wissen. Die bürgerliche Mehrheit hat sämtliche Vorstösse entweder abgeschmettert oder nur in abgeschwächter, unverbindlicher Form an die Regierung überwiesen. Das ist enttäuschend und mutlos. Die SP wird umso klarer an ihrer Initiative zur Förderung erneuerbarer Energien und Steigerung der Energieeffizienz festhalten. Momentan liegt die SP-Initiative zur Vorprüfung bei der Regierung.



Peinlich war die Vorstellung des Kantonsrates beim Gesetz über die Spitalplanung und –finanzierung. Erst wurde die Zuständigkeit über die Spitalliste dem Kantonsrat, dann wieder der Regierung übertragen. Es ist richtig, dass im Hinblick auf die zweite Lesung diesbezüglich vertiefte rechtliche Abklärungen gemacht werden. Für die SP ist klar, dass die Regierung für die Spitalliste zuständig ist. Richtigerweise überlässt der Rat die Ausarbeitung der komplexen Leistungsaufträge der Regierung.

Mehr Prävention bei Sportveranstaltungen

Die SP begrüsst die Überweisung der zusätzlichen Aufträge zum Bericht Sicherheit im Umfeld von Sportveranstaltungen. Die Prävention soll mehr Gewicht erhalten und die Fanarbeit und die Einbeziehung der Clubs sollen verstärkt werden.

Der von der SP verlangte Bericht zum Projekt Basisstufe wurde in abgeänderter Form (Bericht über Modelle der Schuleingangsstufe) überwiesen. Erfreulicherweise hiess der Rat auch die überparteiliche Motion zum altersdurchmischten Lernen in der Oberstufe gut.

St.Gallen, 28. September 2011 Weitere Auskünfte:
o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Rücktritt von Kathrin Hilber:

Eine versierte Regierungsrätin und Staatsfrau tritt ab

Seit 1996 amtiert Kathrin Hilber als Vorsteherin des Departementes des Innern. In vier Amtsdauern hat die SP-Frau mit viel Elan und Überzeugungskraft zahlreiche Reorganisationsprojekte im sozialen und kulturellen Bereich durchgeführt und entscheidende Impulse für die Fortentwicklung des Kantons gegeben. Nach 16 Jahren verzichtet Regierungsrätin Kathrin Hilber auf eine weitere Amtsdauer. Die SP bedauert den Rücktritt der zweimaligen Regierungspräsidentin ausserordentlich.

Kathrin Hilber tritt im März 2012 nicht zur Wiederwahl als Regierungsrätin an. Nach vier Amtsdauern gibt die Vorsteherin des Departements des Innern des Kantons St.Gallen auf das Ende der Legislatur Ende Mai 2012 ihr Amt ab. Als eigentliche Reformministerin hat Kathrin Hilber namhaften Anteil daran, dass der Kanton St.Gallen heute in vielen Bereichen als moderner Vorzeigestaat gilt.

Erfolgreiche Reformerin

Als Kathrin Hilber 1996 in die St.Galler Kantonsregierung gewählt wurde, übernahm sie das Departement für Inneres und Militär und damit gleich ein erstes Reformprojekt. Dank ihrer Qualitäten als Vermittlerin meisterte Hilber die Zusammenlegung des Departements des Innern und des Militärdepartements mit Bravour. Im Zuge der Departementsreform von 2008 kamen neue Aufgaben in den Zuständigkeitsbereich des neuen Departements des Innern. Sowohl als Militär- wie auch als Innenministerin trieb Kathrin Hilber während ihren 16 Amtsjahren die Modernisierung und Straffung der staatlichen Strukturen erfolgreich voran. Sie verschlankte die Zivilschutzorganisation, das Zivilstandswesen und reorganisierte den Kindes- und Erwachsenenschutz. Zugleich war sie treibende Kraft der Revision der Kantonsverfassung, des Gemeindegesetzes und des Gemeindevereinigungsgesetzes. Ebenfalls unter ihrer Führung, wurden der neue innerkantonale Finanzausgleich sowie das neue Bürgerrechtsgesetz eingeführt.

Erfolgreiche Kulturministerin

Als Kulturministerin definierte Hilber die kantonale Kulturpolitik zusammen mit den Akteuren neu. Das Kunst(zeug)haus Rapperswil-Jona, das Schloss Werdenberg, die Klangwelt Toggenburg, die Lokremise oder der Zusammenschluss von Konzert und Theater St.Gallen sind heute für die Standortqualität des Kantons bedeutsame Leuchttürme. Schade, dass die Zukunftsplanung für eine neue Kantonsbibliothek in der Hauptpost aufgrund des Spar-drucks vorerst auf Eis gelegt werden musste.

Gemeinsam mit Gemeinden, Schulen, Kirchen und weiteren Institutionen baute Kathrin Hilber auch eine umfassende Integrationspolitik auf. Mit dem Sozialhilfegesetz und dem Behindertenkonzept Ostschweiz erreichte sie erste entscheidende Schritte in der Frage der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden.

SP bedauert Rücktritt

Mit Kathrin Hilber verliert die St.Galler Kantonsregierung ihr amtsältestes und erfahrenstes Mitglied. Die SP bedauert den Rücktritt sehr. Für die SP ist es selbstverständlich, dass sie die beiden Regierungsratssitze halten will und so den Wähleranteil links der Mitte vertreten kann. Eine Zweiervertretung der SP garantiert auch, dass die wichtigen sozialen Anliegen in der Exekutive entsprechend vertreten werden.

Durch die frühzeitige Bekanntgabe des Rücktritts hat die SP ausreichend Zeit, eine Kandidatur vorzubereiten. Die SP ist überzeugt, die grosse Lücke mit einer sehr guten Kandidatur füllen zu können, schliesslich verfügt sie über hervorragend geeignetes politisches Personal in der Fraktion, auf der Nationalratsliste und unter den Mitgliedern von Gemeindexekutiven.

St.Gallen, 29. September 2011 Weitere Auskünfte:
o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
über Dario Sulzer, politischer Sekretär

24h-Ladenöffnungszeiten:

Bürgerliche Nationalräte foutieren sich um Volksentscheid

Sämtliche bürgerliche Parteien haben am Montag in der nationalrätlichen Wirtschaftskommission einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten der Tankstellenshops zugestimmt. Die St. Galler Bevölkerung hat ähnliche Ansinnen bereits dreimal bachab geschickt hat. Für die SP ist klar: SVP, FDP und CVP politisieren am Volk vorbei.

Nach dem Willen der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) sollen Autobahnraststätten und Tankstellenshops, künftig Personal rund um die Uhr und auch sonntags beschäftigen dürfen. Die Kommission verabschiedete gestern eine entsprechende parlamentarische Initiative. Der Beschluss der WAK steht völlig quer in der Landschaft und ist ein Affront gegenüber der Bevölkerung und der meisten Kantone, welche die Liberalisierung ablehnen, so auch der Kanton St.Gallen.

Volk und Regierung gegen längere Öffnungszeiten

Im September 2010 hat die St.Galler Stimmbevölkerung nach 1996 und 2003 zum dritten mal in Folge eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten klar abgelehnt. Auch die St.Galler Regierung lehnt in ihrer Vernehmlassungsantwort vom Mai 2011 die Liberalisierung der Öffnungszeiten der Tankstellenshops und die damit verbundene Änderung des Arbeitsgesetzes ab.

Für die SP ist klar: Milch und Brot können während den ordentlichen Öffnungszeiten gekauft werden. Der Schutz der Angestellten vor Nacht- und Sonntagsarbeit ist höher zu gewichten als besondere Konsumbedürfnisse, welches eine Ausnahme des Nachtarbeitsverbots rechtfertigen könnte.

St.Gallen, 11. Oktober 2011 Weitere Auskünfte:
Claudia Friedl, Parteipräsidentin
Dario Sulzer, Politischer Sekretär



Steuerabgabe für besonders Vermögende!

Michael Ritsch begrüßt Aussagen von AK-Präsident Hubert Hämmerle zur Steuerentlastung

Für SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch ist es ein gutes Zeichen, wenn ÖVP-Arbeiterkammer-Präsident Hubert Hämmerle sich entgegen der allgemeinen ÖVP-Meinung für die Einführung einer Steuerabgabe für besonders Vermögende ausspricht.

Michael Ritsch zieht daraus den Schluss, dass es für die Vertreter der Arbeiterkammer genauso wichtig wie der SPÖ ist, den Faktor Arbeit zu entlasten und stattdessen die Superreichen stärker in die soziale Verantwortung zu ziehen.

Wir wollen den Mittelstand und hier vor allem die arbeitenden Menschen entlasten und dafür Sorge tragen, dass die reichsten Vorarlbergerinnen und Vorarlberger ihren Teil in Form einer Millionärsabgabe dazu leisten.

Denn angesichts der Tatsache, dass sich auch hier in Vorarlberg immer mehr Vollzeit arbeitende Menschen selbst das Wohnen nicht mehr leisten können, ist hier dringender Handlungsbedarf gegeben. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass etwa die Mieten in privaten Immobilien immens hoch sind.

Michael Ritsch hofft indes, dass sich auch die Caritas zum Thema Millionärsabgabe zu Wort meldet, denn für die SPÖ ist es nicht zu akzeptieren, dass Reiche immer reicher werden und im Gegensatz dazu immer mehr Menschen in die Armut abgleiten.

SPÖ-Express, 23.09.2011

Gefängnis nach Schwangerschaftsabbruch?

Gabi Sprickler-Falschlunger kontert FPÖ

Die Liechtensteiner Bevölkerung spricht sich in einer Volksabstimmung weiterhin für die Bestrafung für Frauen nach einem Schwangerschaftsabbruch aus. Das ist zu respektieren“, erklärt SPÖ-Gesundheitssprecherin Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger.

Dass aber die Familiensprecherin der FPÖ, Kornelia Spiß, von einem mutigen Schritt spricht, sei eine Verhöhnung jener Frauen, die sich - meist in großer Notlage - für einen Abbruch entscheiden.

„Jetzt wünscht sich die Abgeordnete Spiß von der FPÖ offenbar jene Zeiten zurück, in denen Frauen in schmutzigen Hinterzimmern den Abbruch durchführen ließen und dafür später vielleicht noch ins Gefängnis wanderten“, so Gabi Sprickler-Falschlunger.

Sollte es der freiheitlichen Familiensprecherin und der Vorarlberger FPÖ ernst sein, stehe es ihr frei einen Antrag zur Abschaffung der Fristenlösung zu stellen.

SPÖ-Express, 23.09.2011

Einladung

zu einer Führung durch die Ausstellung

„Was damals Recht war

...“

Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht

am Samstag, 22. Okt. 2011, 14.00 Uhr,
Kulturhaus Dornbirn



„Fahnenflucht“: Ein Akt des Widerstands? Des Verrats? Der Feigheit? Des Patriotismus? Die Einschätzung der Desertion aus der Wehrmacht ist nach wie vor umstritten. Zum 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, mit dem der Zweite Weltkrieg begann, erinnert nun eine sehr eindrucksvolle Ausstellung an die Verurteilten der NS-Kriegsgerichte, darunter nicht wenige Vorarlberger.

SPÖ Vorarlberg, Renner-Institut und Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie (ACUS) laden herzlich zur Teilnahme an der Führung ein und bitten um Anmeldung bis 18. 10. bei

Jeannette.Greiter@spoe.at
oder unter 05574/58236-0.

ÖVP-Parteienfinanzierung geht weiter

SPÖ-Landesgeschäftsführer Einwallner:

„Über 150.000 Euro flossen seit der Landtagswahl quersubventioniert an die ÖVP“

„Wenn es um die eigene Tasche geht, hat die ÖVP keinen Genierer. Über 150.000,- Euro flossen zwischenzeitlich, also seit der Landtagswahl, von Landesunternehmen an den ÖVP-Wirtschaftsbund. Versteckt in Inseraten in der Wirtschaftsbandzeitung“, zieht SPÖ-Landesgeschäftsführer Reinhold Einwallner Zwischenbilanz.

Bis zur Landtagswahl im Jahr 2014 werden über diese Geldflüsse über 500.000,- Euro für den ÖVP-Wahlkampf lukriert werden. Es sei einfach eine Unsitte der ÖVP, in dieser Form Gelder der Vorarlberger Steuerzahler ins eigene Wahlkampfbudget fließen zu lassen. „Die Stromkunden der VKW, die Kreditnehmer der Hypo-Bank, die Gaskunden der VEG bezahlen somit den Wahlkampf der ÖVP“, meint Einwallner weiter.

Der SPÖ-Landesgeschäftsführer fordert Landeshauptmann Sausgruber ein weiteres Mal auf, diese Quersubventionierung einzustellen. „Einerseits verhandeln die Landtagsfraktionen ein Parteiengesetz, das auch die notwendige Transparenz der Geldflüsse herstellen soll, andererseits wird aus Mitteln von Landesunternehmen der Wahlkampf der ÖVP finanziert. Das ist einfach inakzeptabel“, schließt Einwallner.

SPÖ-Express, 30.09.2011

Michael Ritsch über Rücktritt des Landeshauptmannes überrascht

"Wallner wird an seinen Taten zu messen sein."

Die Ankündigung, dass Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber im Dezember von seinem Amt zurücktreten wird, kommt für SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch doch überraschend. Der Landeshauptmann hat ja bekanntlich angekündigt, bis zum Ende seiner Amtsperiode im Amt zu bleiben, sofern seine Gesundheit dies zulässt.

Nachdem Herbert Sausgruber seinen Aussagen zufolge nicht mehr die notwendige Leistungsfähigkeit aufbringt, ist die Entscheidung zu akzeptieren, so Michael Ritsch. Der SPÖ-Clubobmann gesteht zudem ein, dass der Landeshauptmann ein guter Ver-

walter des Landes war. Michael Ritsch hätte sich während der vergangenen Jahre lediglich mehr Erneuerungsimpulse von Seiten des Landeshauptmannes gewünscht.

„Der bereits designierte Landeshauptmann Markus Wallner wird an seinen Taten zu messen sein“, so Michael Ritsch. „Wir sind jedenfalls gespannt auf seine Überlegungen zur Amtsführung.“

Angesprochen auf den möglichen neuen Landesrat Rainer Gögele meint Michael Ritsch, dass es schwer einzuschätzen sei, wie er als Landesrat agiere, da er über keinerlei Regierungserfahrung verfüge. Dazu Michael Ritsch: „Ich kenne ihn lediglich als Klubobmann. Und in dieser Funktion hat er natürlich immer die Mauer für die Landesregierung gemacht.“

Keine Probleme ortet der SPÖ-Clubobmann in der Person Rüdissler, der als möglicher Landesstatthalter gehandelt wird. Alle Gespräche mit ihm seien in einem durchwegs positiven Klima abgelaufen, Vereinbarungen hätten gehalten und auf Fragen sei immer korrekt geantwortet worden.

SPÖ-Express, 07.10.2011

LABg. Mirjam Jäger-Fischer bringt Nicolas Julian zur Welt

Wir gratulieren!



Am 20. September um 17:13 Uhr erblickte Nicolas Julian im Landeskrankenhaus Bregenz das Licht der Welt. Die stolzen Eltern Mirjam und Christian freuen sich über ihren gesunden 2850 Gramm schweren und 50 cm großen Buben. Wir freuen uns mit den Eltern und gratulieren ganz herzlich!

SPÖ-Express, 07.10.2011

Liebe Mirjam,

auch der Rote Seehas gratuliert ganz herzlich

Karl-Heinz und Willi

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

Entscheidung über Bundeswehrstandorte Laupheim und Ummendorf naht

MdB Gerster kritisiert Minister de Maizière

Wenige Tage vor der Entscheidung über die Zukunft der beiden Bundeswehrstandorte im Kreis Biberach kritisiert der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster Bundesverteidigungsminister de Maizière. „Er hat schlichtweg jedes Gespräch verweigert. Für die Betroffenen gab es keine einzige Möglichkeit, mit den Entscheidungsträgern ins Gespräch zu kommen und Argumente auszutauschen“, so Gerster. „Sämtliche Einladungen und Anfragen an den Minister blieben ohne Resonanz.“

Aus der Bundesregierung oder vom Verteidigungsministerium hat – so Gerster – niemand Interesse an einem Gespräch mit den Betroffenen oder bspw. mit der Stadt Laupheim gezeigt. „Nicht einmal der Städte- und Gemeindetag wurde von der schwarzgelben Regierung befragt“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete. Einzige Ausnahme sei der SPD-Landesminister Reinhold Gall.

„Unser neuer Landesinnenminister hat sich vor Ort ein Bild von der Situation gemacht, mit den Verantwortlichen diskutiert und die Laupheimer Unterschriftenlisten dem Bundesverteidigungsministerium überreicht“, erläuterte Gerster. „In Berlin hingegen verfolgt die Regierung seit Monaten die Strategie, jeglichen Kontakt mit Betroffenen zu vermeiden.“

Gersters Fazit: Ein Armutszeugnis, das der Demokratie insgesamt schadet.

Biberach, den 18.10.2011 **Wolfgang Heinzel,**
Büroleiter Bürgerbüro Martin Gerster, MdB

Wiederwahl im Bundestag

MdB Gerster weiterhin sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

BERLIN – Der Biberacher Abgeordnete Martin Gerster bleibt weiterhin sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. In der Fraktionssitzung wurde der 40-jährige für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt, nachdem die SPD-Mitglieder im Sportausschuss des Bundestags zuvor einstimmig

für Martin Gerster votierten.

"Ich freue mich über diesen klaren Auftrag, die Sportpolitik der SPD im Bundestag weiterhin verantwortlich gestalten zu dürfen", so Gerster nach der Wahl. "Beim Sport geht es nicht nur um Leibesertüchtigung. Der Sport hat darüber hinaus in vielen Bereichen der Gesellschaft wichtige Funktionen, zum Beispiel bei Integration und Prävention, aber auch in der Vermittlung von Werten. Deswegen müssen wir den Sport noch mehr fördern als bisher. Gleichzeitig müssen wir alles daran setzen, Doping, Wettbetrug und andere negative Entwicklungen einzugrenzen."

Berlin, 19.10.2011

**Alexander Geisler
Büro Martin Gerster, MdB**

MdB Gerster lädt Bürger ein

BIBERACH - Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster veranstaltet am Mittwoch, 2. November, eine Bürgersprechstunde.

Ohne Voranmeldung können Bürgerinnen und Bürger in Gersters Wahlkreisbüro zwischen 15 und 17 Uhr mit dem Abgeordneten ihre Anliegen besprechen.

Das Büro liegt gegenüber dem Biberacher Bahnhof in der **Poststraße 7, Telefon 07351/3003000, Telefax 07351/3003001,**
E-Mail martin.gerster@wk.bundestag.de
Internet www.martingerster.de

Biberach, den 21.10.2011 **Wolfgang Heinzel,**
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

Verleihung des Sozialistenhutes in Lindenberg an die Landtagsabgeordnete Werner-Muggendorfer

Lindenberg im bayrischen Allgäu hat eine große Tradition als Hutmacher-Stadt. Noch heute genießt das einschlägige Gewerbe in der Stadt einen guten Ruf, was Ute Vogt sicher bestätigen wird. Während der schlimmen Sozialistenverfolgung im Kaiserreich unter Bismarck Ende des 19. Jahrhunderts haben die Funktionäre der Arbeiterbewegung den schwarzen, breitkrepigen Hut als Erkennungszeichen untereinander vereinbart. Auf diese Tradition führt die Praxis der SPD im Städtchen Lindenberg zurück, seit über 20 Jahren alljährlich den „Sozialistenhut“ an einen prominenten, parteinahen Ge-

nossen und Querdenker (oder eine Querdenkerin) zu verleihen. Regine Hildebrandt hat ihn schon bekommen, Hermann Scheer oder Hermann Dorf-müller. Und wer in dem einen Jahr den Hut verliehen bekommt, muss im darauffolgenden Jahr die Laudatio für den nächsten Preisträger, die nächste Preisträgerin vortragen.

Hutverleihungen sind in der SPD in, denn auch auf der anderen Seite des Bodensees, im Kreis Konstanz, verleiht die Kreis-SPD seit Neuem den Hecker-Hut“ nach dem badischen Revolutionär Hecker im 19. Jahrhundert. Im Löwensaal in Lindenberg finden sich immer an die hundert Parteifreund/innen ein, um den geistreichen, oft auch amüsanten Redebeiträgen der Laudatoren und Hutträger/innen zu folgen.

In diesem Jahr verlieh Leo Wiedemann, das leibhaftige und weißbärtige SPD-Urgestein in Lindenberg, den Sozialistenhut an die prominente niederbayrische SPD-Landtagsabgeordnete JWM (also Johanna Werner-Muggendorfer). Sie ist seit 1991 im Landtag des Freistaates Bayern, ist Mitglied im Petitions-Ausschuss und gelernte Erzieherin, Bibliothekarin und steht für das fraktionseigene Kabarett der SPD. In ihrem Heimatort Neustadt an der Donau unter dem Namen „Hohn und Spott“ immer wieder auf der Bühne, um das Publikum mit ihrer spitzen Zunge über Neuigkeiten aus dem CSU-Komödienstadel zu unterhalten. Die rote Johanna ist die 27. Trägerin des Sozialistenhutes. Sie setzt sich vor allem dafür ein, dass Bildung von der KITA bis zur Hochschule grundsätzlich kostenlos vermittelt werden soll. Sie schwört auf einen Satz ihrer Mutter: „Es muss gerecht zugehen auf dära Welt...“

Mit dem neuen Hut stellt sich die Landtagsabgeordnete neben ihrem Laudator, dem Berlin-Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, für die Fotografen auf. Buschkowsky war letztes Jahr ins Allgäu gefahren, um den 26. Sozialistenhut in Empfang zu nehmen. Er rief die Parteifreunde dazu auf, nicht endlos über das Buch von Thilo Sarrazin zu jammern, sondern vor Ort im eigenen Wirkungskreis mehr dafür zu tun, dass die Gräben zwischen Einheimischen und Migranten nicht tiefer werden. Bildungsferne Familien- gleich ob einheimisch oder mit Migrantenhintergrund – hätten mehr Unterstützung der gesellschaftlichen Kräfte in jeder Stadt und Gemeinde nötig. Im nächsten Jahr soll dem Vernehmen nach der Sozialistenhut an die amtierende Schweizer Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey verliehen werden. Die eidgenössische prominente sozialdemokratische Bundesrätin musste bisher aus terminlichen Gründen immer passen.

W. Bernhard

Andrea Nahles gratuliert Christian Ude

Der Landesvorstand der BayernSPD hat sich heute für Christian Ude als Spitzenkandidat der bayerischen SPD für die Landtagswahl 2013 ausgesprochen. Hierzu gratuliert die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles:

Ich gratuliere Christian Ude und der bayerischen SPD sehr herzlich.

Christian Ude tritt mit guten Erfolgsaussichten gegen Ministerpräsident Horst Seehofer an. Das zeigen Umfragen und das weiß auch die CSU. Entsprechend groß ist die Nervosität in deren Reihen. Denn Christian Ude steht für Verlässlichkeit, Geradlinigkeit und Bürgernähe; Horst Seehofer und die CSU dagegen für einen politischen Schleuderkurs in zentralen politischen Fragen, bräsige Selbstgefälligkeit und billigen Populismus. Dazu bietet die SPD jetzt mit Christian Ude eine klare Alternative für die Menschen, die der Dauerherrschaft der CSU überdrüssig sind.

Christian Ude steht für die Lösung von Sachproblemen, während Horst Seehofer sein Fähnchen nach dem Wind dreht wo immer es ihm im Interesse der CSU, nicht der Bayerinnen und Bayern, zweckmäßig erscheint.

Christian Ude zeigt in München seit fast zwei Jahrzehnten, dass er über Parteigrenzen hinweg Lösungen suchen und durchsetzen kann. Er wird mit anderen Parteien gemeinsam für die längst überfällige Ablösung der CSU/FDP-Regierung sorgen.

Berlin, 7. Oktober 2011 **Presseservice des SPD-
Partei Vorstandes**

SPD Kreis Konstanz MdL Hans-Peter Storz

Kreis-SPD verleiht Hecker- Hut an Moritz Leuenberger

Fünfzehn Jahre lang war der Sozialdemokrat Moritz Leuenberger Regierungsmitglied in der Schweiz. Seinen herausragenden Einsatz für die soziale Demokratie in Europa würdigt der SPD Kreisverband Konstanz mit dem Hecker-Hut, den die Partei jährlich verleiht. Dies teilte der SPD-Kreisvorsitzende, der baden-württembergische Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich mit. Leuenberger erhält den Hecker-Hut am **Donnerstag, den 24. November 2011** in **Konstanz, Kulturzentrum am Münster, Wessenbergstraße 39, 78462 Konstanz (19.30 Uhr Wolkensteinsaal).**

Der 65jährige Moritz Leuenberger leitete als Bundesrat das schwierige Departement für Verkehr und Energie, dessen Zuständigkeit später auf Umwelt und Kommunikation erweitert wurde. Während seiner Amtszeit beschloss die Schweiz den Bau der Neuen Alpentransversale (NEAT), zwei große Eisenbahn-Tunnel durch die Alpen. Zwei Mal, 2001 und 2006, war Leuenberger Bundespräsident, also Staatsoberhaupt in der Schweiz.

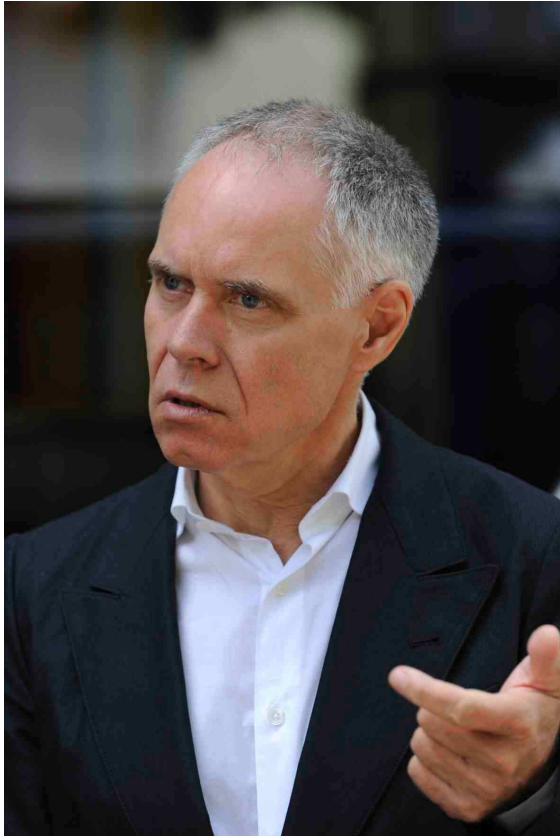


Foto: Urs Bucher

Mit dem Hecker-Hut ehrt der SPD Kreisverband Konstanz Persönlichkeiten, die sich um die soziale Demokratie verdient gemacht haben. Die Auszeichnung erinnert an den badischen Anwalt und Friedrich Hecker, der von Konstanz aus zu einer demokratischen Revolution aufgerufen hatte. Leuenberger ist nach dem Soziologen Jean Ziegler der zweite Schweizer, der den Hut erhält. Weitere Preisträger waren der ehemalige Freiburger Oberbürgermeister Dr. Rolf Böhme, der Inhaber der Drogeriemarktkette dm Götz Werner, Prof. Dr. Gesine Schwan, Egon Bahr und der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude.

11.10.2011

**Winfried Kropp (Pressesprecher)
SPD Kreis Konstanz**

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Vielstimmigkeit der Regierung führt Pflegereform in eine Katastrophe

Zu den chaotischen Zuständen in der Koalition erklärt die stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD- Bundestagsfraktion Hilde Mattheis:

Minister Rösler hat 2011 zum "Jahr der Pflege" erklärt. Selten ist ein so groß angekündigtes Projekt so kläglich gescheitert. Die Regierung hatte vielfach angekündigt, im Sommer ein Konzept zur Pflegereform vorzulegen. Nun ist klar: Es wird in absehbarer Zeit keine Eckpunkte zur Pflegereform geben.

Die Regierung kann sich bei der Pflege, wie auch in den meisten anderen Politikfeldern, nicht einigen. Sie ist vollkommen ergebnislos im Sand ihrer eigenen Widersprüche gestrandet.

Die unterschiedlichen Vorschläge der Union für die Pflegereform reißen indes nicht ab. Nachdem die CSU letzte Woche für die Pflege ein eigenes Konzept vorgelegt hat, dass Demenzkranke in ein eigenständiges "Bundesleistungsgesetz" eingliedern soll, schlägt die Landesregierung Niedersachsen aktuell wieder ein völlig neues Modell zur Finanzierung der Pflegeversicherung vor. Sie möchte die Mittel aus der geplanten Beitragssenkung der Rentenversicherung für Demenzkranke verwenden. Jens Spahn (CDU) geht indes einen anderen Weg, er möchte die Riester Rente um einen Pflegebaustein ergänzen.

Statt an einem Strang zu ziehen, blockiert sich die Union mit diversen Konzepten selbst. Mit dem Koalitionspartner FDP, die den Aufbau eines individuellen Kapitalstocks will, kann sich die Union schon gar nicht einigen. So führt die Regierung die Pflegereform in eine Katastrophe. Das "Jahr der Pflege" ist zu einem Desaster geworden. Auf Kosten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen, die dringend auf die angekündigte Pflegereform warten.

20.09.2011

SPD-Bundestagsfraktion

Einladung



SPD Ortsverein Salem

SPD Bodenseekreis

Veranstaltung mit Peter Simon in Salem



Peter Simon, Mitglied des Europäischen Parlaments

Finanz↔Wirtschaft:

Folgen der Finanzkrise für unsere Unternehmen

Europa ist von der Krise hart getroffen. Die ursprüngliche Finanzkrise hat sich durch die von ihr verursachte Kreditklemme in die reale Wirtschaft hineingetragen. In Verbindung mit Rettungsschirmen und Konjunkturprogrammen hatte dies auch eine Staatsschuldenkrise zur Folge. Die Europäische Union steht vor einer historischen Bewährungsprobe.

Peter Simon, SPD-Europaabgeordneter und Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses gibt Informationen aus erster Hand zu den Folgen der Finanzkrise für unsere Unternehmen und die Bedeutung der Regulierung der Finanzmärkte. Im Vortrag und der sich anschließenden Diskussion sollen insbesondere auch verschiedene Ansätze zur Lösung der Krise sowie die Herausforderungen und Risiken für unsere Unternehmen beleuchtet werden.

Donnerstag, 17.11.2011 um 19:00 Uhr

im Prinz-Max Salem-Neufrach

Programm: - Begrüßung - Grußwort Manfred Härle, Bürgermeister Salem
- Grußwort Adnan Sabah, SPD-Kreisvorsitzender - Fachvortrag Peter Simon, MdEP
Mitglied des Europäischen Parlaments
- Moderation: Arnim Eglauer

V.i.S.d.P. Malik Meddur, Ortsvereinsvorsitzender Salem. Adnan Sabah, Kreisvorsitzender



PRESSEMITTEILUNG

Das Berliner Projekt KidsCourage ist im Finale des Deutschen Engagementpreises 2011 – jetzt online abstimmen

Das Kinderrechtsprojekt der SJD-Die Falken Berlin hat Aussichten auf den mit 10.000 Euro dotierten Publikumspreis / Abstimmung bis zum 1. November auf www.deutscher-engagementpreis.de

Berlin, 5.10.2011. Ab sofort können alle Menschen auf www.deutscher-engagementpreis.de über den Publikumspreis des Deutschen Engagementpreises abstimmen. Zur Auswahl stehen 20 herausragend engagierte Personen oder Organisationen, die eine unabhängige Jury aus über 1.000 Einreichungen ausgewählt hat. Darunter auch KidsCourage, das seit 2002 Projektstage auf Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention für Berliner Grundschulklassen anbietet.

Der Publikumspreis ist mit 10.000 Euro dotiert. Im Falle eines Gewinns würde KidsCourage das Preisgeld zur Weiterfinanzierung des Projekts verwenden. „Wir wollen sicherstellen, dass unser Angebot weiterhin kostenlos bleibt, damit wir möglichst viele Kinder erreichen. Aber eine kleine Feier für unsere engagierten jugendlichen Teamerinnen und Teamer wird auch drin sein“, sagt Dennis Grabowsky, der Leiter des Projekts.

Der Deutsche Engagementpreis soll freiwilliges Engagement in Deutschland sichtbar machen und ihm zu mehr Anerkennung verhelfen. Seit 2009 wird die Auszeichnung jährlich in den Kategorien Gemeinnütziger Dritter Sektor, Politik & Verwaltung, Einzelperson und Wirtschaft verliehen. Die Gewinner dieser fünf Kategorien werden von einer Experten-Jury ausgewählt, die auch über die 20 Finalisten für den Publikumspreis entscheidet. Am 2. Dezember 2011 werden die sechs Gewinner des Deutschen Engagementpreises im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung in Berlin bekanntgegeben.

Weiteres zum Projekt KidsCourage und dessen Träger, der SJD-Die Falken Berlin, erfahren Sie hier:

www.kidscourage.de
www.facebook.com/kidscourage
kidscourage@falken-berlin.de

KidsCourage
SJD-Die Falken LV Berlin
Schloßstr. 19
14059 Berlin

Tel.: (030) 280 51 27

Projektbüro Deutscher Engagementpreis c/o Bundesverband Deutscher Stiftungen | Mauerstr. 93 |

Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion Freitag, 21. Oktober

Bitte beachten Sie, dass es sich bei der E-Mailadresse aboservice@spdfraktion.de nur um eine Absenderadresse unserer Mailinglisten handelt. E-Mails an diese Adresse werden nicht gelesen. Den für Sie richtigen Ansprechpartner/in finden Sie über unsere Website.

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt":
- Finanzkrise verlangt nach anderer Politik

Die Themen:

- SPD-Fraktion fordert Beratung des gesamten Bundestages über EFSF-Leitlinien
- Steinmeier bezeichnet geplante Steuersenkung als unverantwortlich
- Regierung senkt Wachstumsprognose
- SPD-Fraktion fordert "Verstaatlichung der Staatstrojaner"
- Keine Mehrheit gegen gesetzliche Verankerung der Netzneutralität
- Mehr Studienplätze schaffen
- Schwarz-Gelb will keinen Rechtsanspruch auf Pflegezeit
- Demografischer Wandel: Schwarz-Gelb ohne Konzept
- Schlichtung für Luftfahrtunternehmen
- Keine Liberalisierung von Rüstungsexporten
- SPD fordert Investitionsverbot in Antipersonenminen und Streumunition

Interview:

- Entscheidung des Europäischen Rats zum EFSF muss sitzen

Video:

- Steinmeier: EFSF-Hebelung muss Bundestag entscheiden
- Regierung senkt Wachstumsprognose
- Steinmeier bezeichnet geplante Steuersenkung als unverantwortlich
- Projekt Zukunft - Deutschland 2020

Veröffentlichungen:

- Miteinander der Generationen
- Fraktion Intern 7/2011

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt"

Finanzkrise verlangt nach anderer Politik

Die Krise stellt eine Wirtschaft infrage, die auf Finanzspekulation und Verschuldung gebaut wird, nur um dann wie ein Kartenhaus in sich zusammen zu fallen. Die Krise stellt ein Wirtschaftsmodell infrage, das wenige bereichert, viele Menschen aber ausschließt und abhängt. Zerstört wird nicht nur das Vertrauen in den Markt. Zerstört wird auch das Vertrauen in die Demokratie.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58566,00.html

Die Themen

FINANZEN/STEUERN

SPD-Fraktion fordert Beratung des gesamten Bundestages über EFSF-Leitlinien - Regierung will vor EU-Gipfel Abstimmung in nichtöffentlicher Sitzung des Haushaltsausschusses

Nach der Sondersitzung der SPD-Fraktion am 21. Oktober hat der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier das Chaos rund um den EU-Gipfel am 23. Oktober als einen "unglaublichen Vorgang" bezeichnet. Die Verschiebung eines Ratstreffens, die kurzfristige Absage einer Regierungserklärung und die scheinweise Informierung der Öffentlichkeit zeige die Unfähigkeit dieser Koalition.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58665,00.html

Steinmeier bezeichnet geplante Steuersenkung als unverantwortlich - "Besser Reserven für die schwierige Zukunft anlegen"

Der SPD-Fraktionschef entlarvt die Aktion von Schwarz-Gelb als Geschenk an die siechenden Liberalen. Er verstehe Finanzminister Schäuble nicht, der immer vor mehr Schulden warne und nun so etwas zulasse. Bei der Euro-Rettung bleibt die Regierung nebulös: In wichtigen Papieren fehlen die entscheidenden Stellen.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58637,00.html

WIRTSCHAFT

Regierung senkt Wachstumsprognose - SPD warnt vor Folgen für den Arbeitsmarkt

Die Bundesregierung rechnet für das kommende Jahr mit einer deutlichen Abschwächung des Wirtschaftswachstums. SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil kritisiert, die Regierung habe sich zu lange auf den Erfolgen vorheriger Regierungen ausgeruht. Er warnt vor den Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung für den Arbeitsmarkt - und fordert ein neues Gesetz zur Förderung der Kurzarbeit.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58641,00.html

INNERES

SPD-Fraktion fordert "Verstaatlichung der Staatstrojaner" - Aktuelle Stunde zum Einsatz von Staatstrojanern und Quellen-Kommunikationsüberwachung

Wer produziert Spähsoftware? Zweifelhafte Firmen? Und was darf so eine Software können? Kommerzielle Interessen dürfen nach Ansicht der SPD-Fraktion keine Rolle bei Staatstrojanern spielen. Die SPD fordert das Schließen der Sicherheitslücken bei Trojanern, den Staat als deren Produzenten und eine bessere Abstimmung von Bund und Ländern.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58605,00.html

KULTUR/MEDIEN

Keine Mehrheit gegen gesetzliche Verankerung der Netzneutralität - Patt in der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"

Die Enquete-Kommission beschäftigt sich gegenwärtig mit der Gleichbehandlung aller Daten im Internet unabhängig von kommerziellen Interessen. Die Regierung meint, es bedürfe dazu keines Gesetzes. Das sehen alle Oppositionsfraktionen anders: Denn der Charakter des Internets als freies und offenes Medium muss ebenso bewahrt und gestärkt werden wie die gerechte Teilhabe an seinem Wissensschatz.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58550,00.html

BILDUNG UND FORSCHUNG

Mehr Studienplätze schaffen - SPD-Fraktion fordert "Hochschulpakt Plus"

Der Andrang junger Menschen auf die Hochschulen hält an: Immer mehr Abiturientinnen und Abiturienten wollen studieren. Doch es gibt zu wenige Studienplätze. Die SPD-Fraktion will deshalb den Hochschulpakt von Bund und Ländern aufstocken. Das Ziel: kurzfristig 50.000 zusätzliche Studienplätze.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58619,00.html

FAMILIE/SENIOREN

Schwarz-Gelb will keinen Rechtsanspruch auf Pflegezeit - SPD fordert flexible Pflegezeiten und Lohnersatzleistung

Das schwarz-gelbe Familienpflegezeitgesetz berücksichtigt aus Sicht der SPD die Bedürfnisse pflegender und betreuender Angehöriger nicht ausreichend. Die Sozialdemokraten fordern in ihrem Entschließungsantrag u. a. den bestehenden Rechtsanspruch auf eine kurzzeitige Arbeitsverhinderung von bis zu zehn Tagen ähnlich wie beim Kinderkrankengeld mit einer Lohnersatzleistung zu versehen.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58478,00.html

Demografischer Wandel: Schwarz-Gelb ohne Konzept - Debatte zur Grossen Anfrage der SPD treibt Regierung zum Handeln

Die demografische Entwicklung in unserem Land ist nicht neu. Doch die Bundesregierung verschleppt es, eine langfristige Strategie vorzulegen. Mehr als Situationsbeschreibungen liefert sie nicht. Die Grosse Anfrage der SPD will sie erst 2012 beantworten. Um die Regierung anzutreiben, debattieren die Sozialdemokraten ihre Fragen nun im Parlament. Sie selbst erarbeiten mit ihrer Projektgruppe "Miteinander der Generationen im Demografischen Wandel" ein nachhaltiges Politikkonzept.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58643,00.html

VERKEHR

Schlichtung für Luftfahrtunternehmen einführen - Streitfälle zwischen Fluggästen und Airlines effektiv lösen

Schlichtungsstellen erleichtern es Verbraucherinnen und Verbrauchern, ihre Rechte unbürokratisch durchzusetzen. Dieser Weg ist effizient und entlastet Gerichte. Bei Bahn-, Bus- und Schiffsreisen leistet die "Schlichtungsstelle öffentlicher Personenverkehr e.V." gute Arbeit. Die SPD fordert die Bundesregierung auf, sicherzustellen, dass sich auch der Luftverkehr daran beteiligt.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58362,00.html

WIRTSCHAFT

Keine Liberalisierung von Rüstungsexporten - SPD-Fraktion fordert Zurückhaltung und Transparenz

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung zu mehr Transparenz und Zurückhaltung bei Rüstungsexporten auf. Künftig soll die Regierung das Parlament informieren.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58623,00.html

AUSSENPOLITIK

SPD fordert Investitionsverbot in Antipersonenminen und Streumunition - Gemeinsam mit den übrigen Oppositionsparteien legt die Fraktion einen Antrag vor

Sie sind grausam und töten vor allem Kinder: Antipersonenminen und Streumunition wirken noch lange nach ihrem Abwurf nach. Leider schließen Übereinkommen zu ihrem Verbot kein Investitionsverbot in diese Waffen ein. Die SPD-Fraktion will das gemeinsam mit der Linken und den Grünen ändern.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58613,00.html

Interview

Entscheidung des Europaeischen Rats zum EFSF muss sitzen - Frank Walter Steinmeier, Interview mit dem Handelsblatt, 20.10.2011

Er werde keine Zustimmung zu einem europäischen Beschluss geben, der ihm noch nicht vorliege, sagte Steinmeier. Die SPD werde sich die Risiken sehr genau anschauen. Da er sich keinen Beschluss vorstellen könne, der ohne Erhöhung des Haftungsrisikos auskomme, könne er sich auch keine Lösung vorstellen, die ohne erneute Befassung des Bundestages auskommen wird.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58611,00.html

Video

Steinmeier: EFSF-Hebelung muss Bundestag entscheiden

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=TuT8Y22hxjY&feature=channel_video_title

Regierung senkt Wachstumsprognose

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=DEzERPxAyXm&feature=channel_video_title

Steinmeier bezeichnet geplante Steuersenkung als unverantwortlich

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=4qWsOfj2BjA&feature=channel_video_title

Projekt Zukunft - Deutschland 2020

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=QcM6oLfGugI&feature=channel_video_title

Veröffentlichungen

Faltblatt: Miteinander der Generationen Den demografischen Wandel gestalten
(12 Seiten, Oktober 2011)

Faltblatt ansehen ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15082,00.pdf

Fraktion Intern 7/2011 vom 17.10.2011

Schwerpunktthemen: Europäische Finanzkrise, Bundeshaushalt 2012

Gesamtausgabe ansehen ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15090,00.pdf

Onlineausgabe

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58488,00.html

Diese und weitere Veröffentlichungen können Sie bei uns kostenlos bestellen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

Mit freundlichen Grüßen

webteam@spdfraktion.de

www.spdfraktion.de

- Informationen über die SPD-Bundestagsabgeordneten:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,1910,00.html

- Der Fraktionsvorsitzende Dr. Frank-Walter Steinmeier:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3942,00.html

- Veröffentlichungen der SPD-Bundestagsfraktion:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Bundestagsfraktion

Öffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon (0 30) 227-5 49 07

Telefax (0 30) 227-5 68 00

E-Mail: webteam@spdfraktion.de

Internet: <http://www.spdfraktion.de>

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: rotersee@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europa Aktuell:

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Martin Mendler, Pressesprecher:

martin.mendler@spd.landtag-bw.de

Info-Seite Landesregierung B-W:

www.baden-wuerttemberg.de

Adnan Sabah, Kreisvors.:

asabah1@web.de

Dietram Hoffmann:

dietram.hoffmann@googlemail.com

Dario Sulzer:

sulzer@sp-sg.ch

SPÖ-Express:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

SPÖ-Aktuell:

spoe.aktuell@spoe.at

Alexander Geisler, Büro Berlin

M. Gerster, MdB:

martin.gerster.ma01@bundestag.de

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Bürgerbüro Biberach:

Wolf99maci@aol.com

Winfried Kropp (Pressesprecher)

SPD Kreis Konstanz:

kropp@spd-konstanz.de

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Mail-Informationsdienst:

webteam@spdfraktion.de

SPD-BW:

bawue@spd.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

rotersee@kabelbw.de